

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.03.2024

Öffentlicher Teil

TOP .. Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025

0018/2024
Entscheidung
geändert beschlossen

Herr Gerbersmann möchte vor Beginn der Beratungen auf die Tischvorlage bezüglich der Veränderungslisten, bzw. der Drucksache 0308/2024 hinweisen. Daraus gehen Abweichungen hervor, welche bis zum Zeitpunkt, als die Listen gedruckt wurden, noch nicht feststanden. Es geht zum einen um Veränderungen durch die Verwaltung, welche sich zwischenzeitlich ergeben haben, wie z. B. die bereits erwähnten Veränderungen bei der Gewerbesteuer. Zum anderen wurden die bis heute mehrheitlich beschlossenen Änderungen seitens der Ausschüsse bereits eingearbeitet. Die Veränderungen wurden tabellarisch hervorgehoben. Nicht übernommen wurden die Änderungen der Elternbeiträge bei den Kindertageseinrichtungen. Sind diese nach wie vor gefordert, so ist heute ein entsprechender Beschluss zu treffen. Weiter konnte der Konflikt nicht aufgelöst werden, ob eine Hundewiese eingerichtet werden soll. Die Verwaltung ist hier dem Beschluss des UKM gefolgt und schlägt vor, keine Hundewiese einzurichten. Als Verwaltung wird der Bitte des Seniorenbeirates ebenfalls nicht entsprochen, den Hebesatz bei der Grundsteuer auszulassen. Bezuglich des Beschlusses aus aus der Bezirksvertretung Haspe, bzw. dem Auftrag des Schulausschusses zur Friedrich Harkort Schule, die geplanten Maßnahmen in Höhe von 4,25 Millionen Euro in den Haushalt aufzunehmen, wenn sich diese investiv darstellen, erläutert er, dass die Maßnahmen deutlich über eine Fassadensanierung hinaus gehen, es werden Gebäudeteile abgebaut und verändert, so dass sich auch die Bruttogeschoßfläche verändert. Damit ist nach grober Prüfung hier von einer investiven Maßnahme auszugehen. Die Bauverwaltung weist aufgrund des Umfangs der Arbeiten an der Schule darauf hin, dass die Schule ca. neun Monate geschlossen werden muss. Durch die daraus folgenden Maßnahmen, wie der Unterbringung von Schülern, kann seitens der Verwaltung hier keine Empfehlung ausgesprochen werden. Zur Ergänzungsvorlage gibt Herr Gerbersmann den Hinweis, dass der, nach Erstellung der Listen getroffene SBW-Beschluss vom 14.03.2024 und der Beschluss des Jugendhilfeausschusses, die Maßnahme Zuschusskürzung Music Office im Jahr 2024 auszusetzen, aufgenommen wurden. Die letzte Ergänzung ergibt sich seitens der Verwaltung, weil sich in einem Klageverfahren zur Notarztbestellung durch einen gerichtlichen Vergleich die Zahlung der Stadt Hagen von 350.000 Euro ergeben hat und dies eine Verbesserung gegenüber den Forderungen ergibt. Abschließend ist zu den Veränderungen insgesamt zu sagen, dass die Verschlechterungen, die sich insbesondere durch die Heraufsetzung der Gewerbesteuererwartung ergeben, natürlich zu deutlichen Erhöhungen der Defizite führen. Bereits ersichtlich ist die Steigerung des Defizites im Jahr 2024 auf fast 30 Millionen Euro. Im Jahr 2025 werden es 35 Millionen Euro und durch die Ausstattung des Marienhospitals liegt die Prognose bei 32 Millionen Euro im Jahr 2026. Es verringert sich dann langsam, sodass erst im Jahr 2030 mit einem Haushaltsausgleich zu rechnen ist. Das führt dazu, dass die Stadt Hagen bereits mit dieser Veränderung zu einer bilanziellen

Neuverschuldung von fast 132 Millionen Euro bis zum Jahr 2030 kommt. Sollten hier und heute, ohne Ersatz die Steuererhöhungen nicht beschlossen werden, dann kommen an der Stelle allein bis 2028 in der mittelfristigen Finanzplanung, so wie es in der Vorlage steht, nochmal 46 Millionen Euro dazu. Bis zum Haushaltsausgleich, der sich dann voraussichtlich auf das Jahr 2031 verschieben wird, weitere 30 Millionen Euro dazu. Dann wäre die Stadt Hagen im Jahr 2031 bei einer finanziellen Neuverschuldung von rund 208 Millionen Euro zuzüglich des aktuellen negativen Eigenkapitals. Somit wären es knapp unter 300 Millionen Euro. Das, so betont Herr Gerbersmann, sei eine Situation, in welcher sich diese Stadt noch nie zuvor befand. Das sei eine Verschlechterung gegenüber der schlechtesten Situation, bezogen auf das Eigenkapital, welche je vorlag, trotz aller Bemühungen. Deswegen bleibt es auch aus der Sicht der Verwaltung dabei, zwischen dem, was vertretbar nicht geändert werden kann und dem, was versucht werden sollte, zu trennen, um die Situation so weit wie möglich abzufangen und wenigstens ein bisschen zu mildern. Geändert werden könnten verschiedene Auswirkungen der Multikrisensituation, in der sich die Stadt Hagen befindet, nicht. Das ist die Auffassung der Verwaltung, aber auch seine persönliche Auffassung. Wenn sich die finanziellen Rahmenbedingungen für Kommunen in Deutschland insgesamt nicht ändern und natürlich auch im Land Nordrhein-Westfalen, ist dies nicht zu schaffen. Dennoch entbindet es nicht davon, so viel wie möglich am Anfang abzufangen und somit ist es in der Abwägung wichtig, dass ein substanzielles HSK aufgestellt wird. Ohne Steuererhöhungen darf in den nächsten zehn Jahren nicht mehr viel passieren, sonst werde keine Haushaltsgenehmigung erteilt. Aus eigener Kraft würde aber auch trotz Haushaltsgenehmigung dieser Rat, der nächste Rat und nach seiner Prognose auch die dann folgenden Räte nicht mehr in der Lage sein, das dann finanziell negative Eigenkapital von annähernd 300 Millionen Euro jemals wieder aus eigener Kraft abfangen zu können. Die 132 Millionen Euro werden nicht verhindert werden können, aber die fast 80 Millionen Euro an zusätzlichem negativen Eigenkapital könnten durch Steuererhöhungen verhindert werden. Herr Gerbersmann betont daher erneut die Dringlichkeit, diese Steuererhöhungen im HSK zu belassen.

Im Bereich Sicherheit und Ordnung, Tier- und Verbraucherschutz stehen im Haushaltspflan laut Herrn Geitz Personalkosten von 403.000 Euro im Jahr 2022 und 247.000 Euro für das Jahr 2023. Er möchte nun wissen, warum sich diese Kosten für die laufenden Jahre auf 595.000 Euro verdoppeln.

Herr Keßen erläutert dies mit der neuen Zuordnung von Bereichen und Kostenstellen. In manchen Bereichen ergeben sich daher gravierende Sprünge, diese seien jedoch nur der neuen Systematik des Haushaltes geschuldet und stellen keine reale Explosion von Personalkosten dar.

Vor Beratung der zum Haushalt gestellten Anträge gibt Herr Oberbürgermeister Schulz den übergreifenden Hinweis, dass diese ohne beträchtliche Bezifferung nicht in den Haushalt eingestellt werden können.

Der Antrag bezüglich des Wohnmobil-Stellenplatzes ließ sich laut Herrn Schmidt in der Kürze der Zeit nicht berechnen. Er sei der Tatsache entsprungen, dass vor drei Wochen der Beschluss getroffen wurde, den Lennepark aus dem Fördergebiet des InSEK zu streichen. Der Wohnmobilstellplatz am Lennepark ist aktuell der Einzige im Bereich der Stadt Hagen und erfreut sich großer Beliebtheit. Die Stellplätze sind regelmäßig gut belegt,

sogar in den Wintermonaten, sodass es Sinn machen würde, hier eine Verdoppelung der Plätze zu realisieren und mit Stromanschluss auszustatten. Es ist davon auszugehen, dass ein Strombezug dort mit entsprechenden Gebühren belegt, die Investition mittelfristig amortisieren wird.

Der Antrag kann laut Herrn Gerbersmann so nicht beschlossen werden, da keine Summen in der Zeit zu ermitteln waren. Die baulichen Maßnahmen sind hier weniger das Problem, es gehe um die Frage des späteren Unterhalts. Es ist nicht geregelt, wer den Unterhalt des vergrößerten Platzes übernimmt und wie das finanziert wird. Aus seiner Sicht kann das so nicht in den Haushalt übernommen werden. Herrn Gerbersmann betont ausdrücklich, dass seit Einbringung des Haushaltes am 15.12.2023 genug Zeit und Gelegenheit bestand, so einen Antrag rechtzeitig zu stellen. Mit genug Vorlauf ist es der Verwaltung möglich, fehlende Daten rechtzeitig zu ermitteln. Die Tatsache, dass ein Antrag noch innerhalb der vorgegebenen Frist gestellt wurde mag zutreffen, birgt aber die Gefahr, dass eine Verwaltung nicht mehr in der Lage ist, in der Kürze der Zeit fehlende Daten zu ermitteln. Somit ist hier nicht ersichtlich, von welchem finanziellen Rahmen die Rede ist und kann somit nicht im Haushalt berücksichtigt werden.

Herr Schmidt zeigt kein Verständnis für die Empörung des Kämmerers, zumal im Rahmen dieses Projektes immer wieder auf eine Finanzierung aus dem Stadtentwicklungskonzept (InSEK) verwiesen wurde und erst am 29.02.2024 dort gestrichen wurde. Somit ist diese Möglichkeit der Finanzierung nicht mehr vorhanden und wurde somit nicht im Dezember oder Januar beantragt, sondern erst jetzt. Laut Herrn Schmidt können die Investitionskosten und die Unterhaltskosten grob geschätzt in den Haushalt geschrieben werden.

Herr Keune erläutert zum InSEK, dass das Land neue Städtebauförderrichtlinien erlassen hat, welche in verschiedenen Gremien bereits vorgestellt wurden. Diese sehen vor, dass die Städtebaufördergebiete verkleinert und auch stärker bewirtschaftet werden sollen. Das heißt, dass künftig nur noch Anträge aufgenommen werden, welche tatsächlich auch eine Vorplanung für den jeweiligen Bereich zur Grundlage haben. Deshalb hat sich die Verwaltung mit dem Ministerium darauf verständigt, das Gebiet Hohenlimburg zu verkleinern. Zunächst für den Abschnitt in der Innenstadt, wo ein Planungswettbewerb durchgeführt werden soll, um die Richtlinien zu erfüllen. Eigentlich wird den erwähnten Kriterien erst genüge getan, wenn der Planungswettbewerb ein Ergebnis hat, darf aber dadurch jetzt schon drinbleiben. Gleichzeitig wurde vereinbart, dass der Bereich Lennepark als separater zweiter Baustein folgen wird. Es ist keine Rede davon, dass dieser ausgenommen wird und nicht mehr stattfinden soll. Das ist falsch, dass betont Herr Keune an dieser Stelle ausdrücklich.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Wohnmobilstellplatz „Am Lennepark“ mit einer Möglichkeit zur Stromversorgung ausstatten zu lassen. Das Stellplatzkontingent soll von drei auf sechs Plätze ausgebaut werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Haushalt 2024/2025 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD		5	
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD		2	
Hagen Aktiv		2	
Bürger für Hohenlimburg /	1		
Die PARTEI			
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 3
Dagegen: 19
Enthaltungen: 0

Die BV-Etats sind laut Herr Schmidt seit vier oder fünf Jahren nicht erhöht worden. Durch die verschiedenen Krisen und dem Inflationsschub wird das Geld knapper und wenn die Handlungsspielräume der Bezirksvertretungen gewahrt bleiben sollen, muss eine Erhöhung der Etats vorgenommen werden.

Herr Oberbürgermeister Schulz gibt hier zu Bedenken, dass dem Antrag kein Vorschlag zur Kompensation zu entnehmen ist und schlägt im Namen der Verwaltung die Ablehnung des Antrags vor.

Beschlussvorschlag:

Die Etats der Bezirksvertretungen (BV-Mittel) werden ab dem Haushaltsjahr 2025 pauschal um zehn Prozent erhöht und werden ab dann in voller Höhe bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD		5	
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD		2	
Hagen Aktiv		2	
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 3
Dagegen: 19
Enthaltungen: 0

Nachdem Herr Oberbürgermeister Schulz zu bedenken gibt, dass es sich bei der Wiederbesetzungssperre um eine Maßnahme der unterjährigen Personalwirtschaft handelt, die der Oberbürgermeister im Rahmen seiner Personal - und Organisationshoheit eigenständig entscheidet, bittet er darum, schon aus rein rechtlichen Gründen von der Zustimmung dieses Antrages abzusehen.

Herr Schmidt befindet diese Information als sinnvoll und möchte den Beschluss unter appellativen Vorzeichen treffen. Er gibt zu bedenken, dass eine Stelle entweder benötigt wird und dann auch kontinuierlich besetzt werden sollte oder eine Stelle wird nicht benötigt und sollte somit gestrichen werden. Die anfallenden Arbeiten für eine vakante Stelle können von Kollegen nicht aufgefangen werden und die Leistungskraft der gesamten Behörde nimmt ab. Termine platzen und Bürger müssen lange auf neue Termine warten. Auch die Attraktivität der Stadt Hagen als Arbeitgeber wird für Bewerber abnehmen, wenn eine Stelle langfristig unbesetzt bleibt.

Herr Rudel erkennt die Rechtslage und sieht von einer Zustimmung dieses Antrages ebenfalls ab.

Beschlussvorschlag:

Die Wiederbesetzungssperre für Stellen bei der Hagener Stadtverwaltung wird zum 1. August 2024 aufgehoben. Freiwerdende Stellen, die nicht dauerhaft wegfallen sollen, werden unverzüglich neu besetzt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD		5	
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD		2	
Hagen Aktiv		2	
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 3
Dagegen: 19
Enthaltungen: 0

Die Kosten für die Toilette in der Innenstadt sind laut Herrn Schmidt vor nicht allzu langer Zeit noch berechnet worden und beliefern sich dabei auf 15.000 Euro pro Jahr. Da diese Kosten nicht anders berechnet werden können, muss diese hier genutzt werden. Als Hindernisgrund, die Innenstadt zu besuchen, wird von älteren Mitbürgern immer wieder angeführt, dass man dort nicht zur Toilette gehen kann. Natürlich bestehe zwar die Möglichkeit, im Rathaus die Besuchertoilette zu nutzen, jedoch geht dies nur, wenn das Rathaus geöffnet ist. Für die Zukunft ist die Toilette ein Bürgerservice und bietet Aufenthaltsqualität. Was Kosten und Nutzen anbelangt, werden durch gestiegene Besucherzahlen auch die Einnahmen im Einzelhandel und in der Gastronomie steigen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die städtische Toilettenanlage auf dem Neuen Marktplatz in Hohenlimburg während der Geschäftszeiten in der Hohenlimburger Fußgängerzone (wochentags 9.30 bis 18.30 Uhr, samstags 9.30 bis 13 Uhr) der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Die für Öffnung, Reinigung und Unterhalt der Toilette anfallenden Kosten werden gemäß der Beschlüsse der BV Hohenlimburg vom 27. Januar 2022 (Vorlage 0082/2022) und vom 24. Februar 2022 (Vorlage 0193/2022) im Doppelhaushalt 2024/2025 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD		5	
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD		2	
Hagen Aktiv		2	
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 3
 Dagegen: 19
 Enthaltungen: 0

Herr Schmidt erläutert zum Thema Planetenmodell, dass die Ablehnung im KWA nur passt sei, da eine Ratsgruppe nicht vertreten war und daher diese Angelegenheit erneut einbringen möchte. Das Thema müsse eindeutig der Kultur und nicht der Verkehrssicher-

heit zugeordnet werden, denn hier gehe es um ein Denkmal und um ein Alleinstellungsmerkmal für die Stadt Hagen. Seit Jahren kämpfen die Kulturleute darum, dass dieses Planetenmodell wieder auf Vordermann gebracht wird, auf das die Stadt Hagen zu Recht stolz ist. Auch Herr Dr. Fischer habe dies immer wieder angeführt. Der Kulturausschuss hat sich zwischenzeitlich sehr stark dafür gemacht, bevor das Ganze als Konsolidierungsmaßnahme abgeschrieben wurde. Der Hinweis darauf, die Verkehrssicherheit mit Klebestreifen hergestellt werden könnte, ist ein Armutszeugnis. Es gehe nicht darum, dass man darüber laufen kann, ohne hinzufallen, sondern dass dieses Planetenmodell seine Funktion ausübt, indem es wissenswertes über das Planetensystem ausweist.

Herr Rudel schließt sich der Meinung an, dass der Erhalt des Planetenmodell wichtig ist und bedauert den Umstand, dass die Erhaltung durch fehlerhafte Teile oder durch den Einsatz von Klebestreifen aktuell nicht zufriedenstellend erfolgen kann. Dennoch wir er sich dem Antrag an dieser Stelle nicht anschließen können.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss bekräftigt seinen einstimmigen Beschluss vom 19. Oktober 2023, wonach das Planetenmodell Hagen anhand der im Kultur- und Weiterbildungsausschuss sowie in der BV Mitte vorgestellten Methode saniert und die dafür notwendigen Kosten im Haushaltsplan für das Jahr 2024 berücksichtigt werden. Der Wirtschaftsbetrieb Hagen (WBH) setzt die Maßnahme zeitnah um.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD		5	
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD		2	
Hagen Aktiv		2	
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 3
 Dagegen: 19
 Enthaltungen: 0

Zur Abschaffung der Gebührenpflicht auf dem Lehrerparkplatz am Gymnasium Hohenlimburg erläutert Herr Schmidt, dass der mangelnde finanzielle Ertrag in keiner Relation zum entstehenden Schaden stehen würde. Aktuell sind von vierzig Parkplätzen nur zwei Parkplätze für 50 Euro vermietet. In umliegenden Wohngebieten werden dadurch die Parkmöglichkeiten stark eingeschränkt. Darüber hinaus ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass an manchen Schulen kostenfreies Parken möglich ist und an anderen Schulen nicht. Der finanzielle Nutzen ist hier zu vernachlässigen, wenn dafür die Parkplatzsituation in der Umgebung und auch die Umwelt durch weniger Verkehr entlastet wird.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebührenpflicht auf dem Lehrerparkplatz am Gymnasium Hohenlimburg aufzuheben, da dieser Platz seit Einführung der Bewirtschaftung im Jahr 2020 kaum noch genutzt wird, während in den umliegenden Straßen immenser Parkdruck herrscht. Die monatlichen städtischen Einnahmen in Höhe von 50 Euro stehen dabei in keinem Verhältnis zu den Unannehmlichkeiten der Anwohner, die gerade an der Wiesenstraße oftmals keinen Parkplatz finden, da ein Teil des Parkraums von Fahrzeugen der Gymnasiallehrer belegt wird.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD		5	
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD		2	
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 5
 Dagegen: 17
 Enthaltungen: 0

Herr Schmidt bedauert, dass die Stelle „Kunst im öffentlichen Raum“ der Konsolidierung zum Opfer fiel. Da dies nicht hinzunehmen sei, stellt er den Antrag. Für den richtigen Umgang mit hohen Sachwerten kann nicht nur durch Lokalisation der Schulausschuss oder der Sport- und Freizeitausschuss zuständig sein. Hier muss mit Expertise vorgegangen werden und die Stadt Hagen handelt fahrlässig im Umgang von hochkarätigen Kunstwerken und auch der eigenen Geschichte, da viele Hagener Künstler vertreten sind.

Herr Rudel schließt sich seinem Vorredner an, da auch nach Meinung der SPD, diese Stelle immer wichtiger wird. Dass, was die Stadt Hagen an werthaltigen Kunst- und Kulturgütern zu bieten hat, wird immer mehr an Wichtigkeit zunehmen und muss somit in vernünftiger Form gesichert werden. Somit wird er diesem Antrag zustimmen.

Herr Fritzsche betont die Unsäglichkeit, diese Themen nun erneut im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) diskutieren zu müssen. Auch dieses Thema ist im Vorhinein ausreichend in den verantwortlichen Gremien besprochen worden und wenn dies so weiter geht, könnte man den nächsten Haushaltsplan direkt im HFA besprechen und könne sich die vorhergehenden Fachausschüsse sparen.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss spricht sich, wie ursprünglich zum Haushalts- und Stellenplan 2024 vorgesehen, für die Einrichtung einer Stelle (50%) „Sachbearbeitung Kunst im öffentlichen Raum“ aus.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD	2		
Hagen Aktiv		2	
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 10
 Dagegen: 12
 Enthaltungen: 0

Auch bei den zusätzlichen Gehwegleuchten handelt es sich laut Herrn Schmidt um eine Maßnahme, die eigentlich über das InSEK hätte geregelt werden sollen. Da dies nun nicht greifen kann und die Sicherheit der Passanten dort auch in den dunklen Stunden des Tages wichtig ist, wird um Zustimmung gebeten.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gemäß dem einstimmigen Entschluss der Bezirksvertretung Hohenlimburg vom 25. November 2020 gebeten, die Installation von Gehwegleuchten auf dem Fußweg entlang des Dammes im Lenepark zu veranlassen, um Spaziergängern und Joggern so auch in der Dunkelheit einen gefahrlosen Aufenthalt im Park zu ermöglichen. Die für Anschaffung und Installation der Gehwegleuchten anfallenden Kosten werden im Doppelhaushalt 2024/2025 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD		5	
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD		2	
Hagen Aktiv		2	
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 3
Dagegen: 19
Enthaltungen: 0

Herr Schmidt erläutert die Möglichkeit, durch die Beteiligung der Emil Schumacher Stiftung an den Sanierungskosten, die finanzielle Situation der Stadt Hagen zu entlasten. Der Vertrag mit der Emil Schumacher Stiftung wurde im Auftrag der BfHo durchleuchtet und laut der juristischen Auskunft sei eine Beteiligung an den Sanierungskosten durchaus möglich. Die Ergebnisse dieser juristischen Prüfung und der sich daraus ergebene Anspruch wird der Stadtverwaltung gerne zur Verfügung gestellt.

Frau Hentschel erinnert an diese Thematik im Zuge eines 24-Fragen Kataloges aus dem Rat, welcher abgebügelt wurde und bedankt sich daher ausdrücklich dafür, dieses Thema wieder auf den Weg zu bringen. Sie wird den Antrag unterstützen.

Herr Rudel stellt deutlich klar, dass die Verwaltung im KWA signalisiert habe, sich mit dem Thema auseinandersetzen zu wollen. Von einem Abbügeln kann daher nicht die Rede sein, da man sich noch eindringlich mit der Thematik auseinandersetze. Der Antrag kann daher nicht unterstützt werden.

Frau Soddemann betont ebenfalls, dass von einem Abbügeln nicht die Rede sein kann. An der rechtlichen Auffassung, welche im KWA dargestellt wurde, hat sich bis zum heutigen Datum nichts geändert und somit besteht keine Grundlage für die Beteiligung. Es wurde auch bereits im Vorfeld darauf hingewiesen, dass hier ein Jurist zitiert wird, dessen Ergebnisse der Verwaltung nicht vorliegen. Auch seitens des Rechtsamtes besteht nicht die Auffassung, dass eine Grundlage zur Kostenbeteiligung besteht.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Emil Schumacher Stiftung auf deren vertraglich zugesicherte Beteiligung an den aufgrund von Baumängeln entstandenen Mehrkosten am Emil Schumacher Museum hinzuweisen und die Stiftung zur Zahlung besagter Mehrkosten aufzufordern.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD		5	
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD	2		
Hagen Aktiv		2	
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 5
 Dagegen: 17
 Enthaltungen: 0

Herr Schmidt betont zum Ende der Antragsserie, dass diese auch darum bemüht sei, etwas zu verbessern, auch auf der Seite der Einnahmen für die Stadt Hagen. Darin begründet ist der Antrag zur Erhöhung der Eintrittspreise des Theater Hagen für auswärtige Besucher. Er ist im Gegenteil zur Verwaltung nicht der Meinung, dass massenhaft Leute dem Theater fernbleiben würden. Darüber hinaus sollte der Aufwand, dieses zusätzliche Geld zu erheben, relativ gering ausfallen. Vor Ort müsse eine Kontrolle von Ausweisen erfolgen, ansonsten müsste z. B. beim Onlinekauf ein entsprechendes Kreuz gemacht werden, wie es aktuell auch als Jugendlicher, oder Senior erfolgen muss, um Vergünstigungen zu erhalten. Somit sollte mit wenig Aufwand ein großer Nutzen erzielt werden, bei dem aber dahingestellt sei, ob es sich um 100, 150, oder 200.000 Euro handelt. In der Erhebung der BfHo kommen ca. 50.000 bis 60.000 Besucher pro Jahr von außerhalb in das Theater Hagen, wodurch sich mit der Preiserhöhung ein Plus in der Kasse bemerkbar machen würde.

Herr Oberbürgermeister Schulz appelliert ausdrücklich zur Ablehnung dieses Antrages, da diese Maßnahme, abgesehen vom marginalen finanziellen Effekt, auch ein unglückliches Zeichen nach außen senden würde.

Aus dem KWA berichtet Herr Rudel, dass die zu diesem Thema stattgefundene Diskussion ebenso dazu führte, diese Schlagbaummentalität abzulehnen. Es ist heutzutage schon schwierig genug, die Theater zu füllen und es würde unserer Stadt ein Dienst erweisen, indem die Attraktivität des Theaters steigert, anstatt diese für Mehreinnahmen noch weiter zu mindern.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah Gespräche mit der Theater Hagen gGmbH zwecks Erhöhung der Eintrittspreise für auswärtige Besucher zu führen. Anschließend wird ein Zahlungssystem eingeführt, bei dem auswärtige Besucher einen höheren Eintrittspreis für Vorstellungen am Theater Hagen zahlen als in Hagen wohnende Ticketkäufer.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD		5	
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD		2	
Hagen Aktiv		2	
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke		1	
HAK		1	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 1
 Dagegen: 21
 Enthaltungen: 0

Die Hundewiesen sind laut Herrn Schmidt Maßnahmen, welche aus dem Haushalt gestrichen wurde, und wirbt nun dafür, des zu überdenken. Für die eingenommenen Steuern von ca. zwei Millionen Euro bekämen die Hundebesitzer keinerlei Gegenleistung und bei dem vorherrschenden Leinenzwang wäre eine Hundewiese eine gute Möglichkeit, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, den Hund frei laufen zu lassen.

Herr König erinnert an die Haushaltsrede des Kämmers und die Notwendigkeit, freiwillige Leistungen einzusparen. Und deswegen hat er in der Haushaltkskonsolidierungsmaßnahme die Einsparung des Parkwirtschaftskonzepts vorgeschlagen und auch das Gutachten für einen höherwertigen ÖPNV. Nicht in dieses HSK aufgenommen wurde diese Hundewiese, da die Beschlüsse der BV Hohenlimburg und Eilpe nicht nur die Investitionskosten von 208.000 Euro bedeuten, sondern auch um jährliche Unterhaltskosten von ungefähr 40.000 Euro. Es wird nicht bei einer Hundewiese in Hohenlimburg bleiben, es würden mit Sicherheit Forderungen aus den anderen Stadtteilen kommen. Es wurde viel dafür getan, möglichst viele Sozialleistungen zu retten, aber diese Leistung wurde auch im Umweltausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die von Herrn König erwähnten 40.000 Euro möchte Herr Schmidt nicht so stehen lassen. Das Grundstück mit Wiese muss gemäht werden, es stehen dort Papierkörbe, welch geleert werden müssen und somit fallen ohnehin Kosten an. Herr Schmidt erinnert an Presseberichte, aus denen hervorgeht, dass nicht nur in Eilpe und Hohenlimburg solche Wiesen gewünscht wurden, sondern auch in Boehle, wo sich Herr Klepper gegen den WBH gestellt habe, um den Standort zu nutzen. Er bittet erneut um Zustimmung zu diesem Antrag.

Obwohl er die Diskussion zu diesem Thema zuwider findet, aber nun persönlich angeprochen wurde, möchte Herr Klepper deutlich klarstellen, dass er sich nicht gegen den WBH gestellt hat. Er habe damals in der BV gesagt, dass er es für richtig halte, dass die Planung der WBH dargestellt wird. Die BV Nord habe schon damals in weiser Voraussicht mit Blick auf die Schwierigkeiten und die Unkosten auf die Einrichtung einer Hundewiese im Bezirk Nord verzichtet.

Beschlussvorschlag:

Die im Doppelhaushalt 2024/2025 unter Punkt 1.13. Natur- und Landschaftspflege aufgeführte Position 5000813 (Hundewiesen) wird entgegen dem Beschluss des UKM vom 21. Februar 2024 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD		5	
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 7
 Dagegen: 15
 Enthaltungen: 0

Herr Rudel erläutert die im Antrag gestellte Begründung bezüglich der Grundschule Friedrich-Harkort. Der Schulausschuss und die BV Haspe haben sich hier bereits eindeutig positioniert und dankenswerterweise kam auch die entsprechende Antwort des Kämmers, die Maßnahmen als Investition und nicht als Unterhalt in den Haushalt aufzunehmen. Herr Rudel erwartet trotz der immer neu auftretenden Hindernisse, dass die bauliche Ertüchtigung stattfindet und sich die Maßnahme im Haushalt wiederfindet.

Herr Keune räumt ein, dass es verschiedene Gründe gibt, warum diese grundsätzlich notwendige Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll durchzuführen ist. Nachdem nun geklärt wurde, dass es sich um eine investive Maßnahme handelt, kann die Maßnahme in den investiven Haushalt aufgenommen werden. Allerdings ist damit noch nicht gesagt, wann sie tatsächlich durchgeführt werden kann. Abgestimmt mit der Schulverwaltung gibt es dringendere Aufgaben, um die Beschulung der Schüler zu gewährleisten. Wenn die Kapazitäten für eine solche Sanierung bereitstehen, muss auch die Umsetzung genau geplant werden. Wenn Wände komplett erneuert werden müssen, dann wird das im laufenden Betrieb, auch innerhalb der Sommerferien nicht zu schaffen sein. Die Maßnahme mag notwendig sein, aber ob sie so dringend ist, dass ein Umzug der Schülerschaft dafür organisiert werden muss, ist fraglich.

Frau Pfefferer erinnert daran, dass es heute darum geht, diese Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen. Ob und wann diese Maßnahme dann durchgeführt wird, könne auch im Nachgang noch durch den Fachausschuss geklärt werden. Es sollte vorrangig verhindert werden, dass die Schule eines Tages komplett und nicht nur temporär geschlossen wird. Daher appelliert Frau Pfefferer erneut dafür, diese Maßnahme nun in den Haushalt einzustellen.

Herr Gronwald möchte Frau Pfefferer zustimmen, möchte aber an dieser Stelle auch die Worte von Herrn Keune aufgreifen und sich im Vorfeld über die neun Monate Schulschließung Gedanken machen. Es sei zu überlegen, ob durch Erdverschiebungen und einer Containeranlage der Unterricht weiter ermöglicht werden kann. Eine ersatzlose Schließung der Schule ist keine Option.

Herr Klepper gibt zu bedenken, dass die Erkenntnis, die Schule für neun Monate zu schließen, offensichtlich im Schulausschuss nicht mitdiskutiert wurde. Wenn die Bauverwaltung keine Notwendigkeit sieht, hier kurzfristig einzugreifen und der Schulbetrieb aktuell nicht gefährdet sei, dann müsse doch angezweifelt werden, ob diese Maßnahme um jeden Preis in den Haushalt gehört. Immerhin würden durch Erdarbeiten und Container auch noch weitere Kosten entstehen, so dass eine Beratung und die abschließende Aussage des Schulausschusses abgewartet werden sollte.

Herr Oberbürgermeister Schulz mahnt ebenfalls dazu an, dass eine inhaltliche Beratung in die Fachausschüsse gehört.

Auch Herr Thieser schließt sich Frau Pfefferer an und betont, dass diese investive Maßnahme zunächst in den Haushalt aufgenommen werden sollte. Danach kann der Schulausschuss in vernünftiger und, ausgewogener Diskussion darüber beraten, wie die Maßnahme umgesetzt, welche Prioritäten gesetzt und mit welchen Mitteln die Umsetzung ermöglicht werden kann. Eine Schließung ohne Ersatz ist auch für Herrn Thieser undenkbar, dennoch sollte die Maßnahme hier und heute in den Haushalt aufgenommen werden.

Herr Wisotzky möchte ebenfalls den Appell an die Politik richten, diese Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen. Er erinnert ebenfalls an die Stolpersteine in der Vergangenheit, als 4,25 Millionen Euro angesetzt wurden, aber schlussendlich aufgrund mangelnden Personals nicht genutzt wurden. Nun sei die Schule zwar nicht baufällig, aber doch erheblich sanierungsbedürftig und es müsse nun gehandelt werden und nicht wieder lange gewartet. Diese Maßnahme gehört in den jetzigen Haushalt, die weitere Planung ist durch die Fachausschüsse auch noch später durchzuführen.

Frau Pfefferer weist auf den einstimmigen Beschluss des Schulausschusses hin, dass diese Maßnahme in den Haushalt gehört, sofern die Mittel investiv zu nutzen sind. Hätte man dahingehend keine positive Rückmeldung bekommen, würde diese Diskussion gar nicht geführt. Es befinden sich einige Schulen im Stadtgebiet in ähnlichem Zustand, womit die Priorisierung für den Schulausschuss nicht einfach werden wird. Dennoch wirbt sie weiterhin dafür, die Maßnahme in den Haushalt einzustellen, um auch den betroffenen Eltern das Signal zu senden, dass die Thematik angekommen ist und sich gekümmert wird.

Herr König bittet Herrn Oberbürgermeister Schulz darum, keine Anträge zu bewerten.

Herr Oberbürgermeister Schulz stellt klar, dass er nicht die Anträge bewertet, sondern die Art und Weise der Diskussion mit Blick auf die bisherigen Beratungen, da diese nicht in die Haushaltsberatung gehören, sondern in die Fachausschüsse.

Herr Wisotzky betont, dass die Verwaltungsgänge durchaus eingehalten wurden

Herr Rudel bedankt sich für die Beantwortung von mehreren Fragen, welche heute durch die ausgelegte Tischvorlage beantwortet wurden. Auch wenn diese den Haushalt betref-

fen, behalte er sich vor, außerhalb der Haushaltsberatungen noch einmal auf diese Antworten zurückzukommen. Bezuglich des Antrages hat sich die SPD-Fraktion dazu entschlossen, die Anträge zu verknüpfen und im Sinne der OGS-Beiträge und der Kita-Gebühren zu stellen.

Herr Gerbersmann möchte gleichermaßen auf die Kita und OGS Gebühren Thematik eingehen, erläutert aber zunächst, warum die Kita Beiträge nicht in die Veränderungsliste aufgenommen wurden. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass nach Tarifsteigerung und den längeren, berechtigten Aussätzen während Corona, es absolut nachvollziehbar und richtig ist, die Eltern in moderater Art und Weise mit 2% Gebührensteigerung bei über 10% Tarifsteigerung an diesen Beiträgen zu beteiligen. Bereits im letzten HFA sagte Herr Gerbersmann, dass er es für vertretbar halte, für Investitionen Schulden aufzunehmen, welche von nachfolgenden Generationen genutzt werden können. Laufende Kosten jedoch müssen von der heutigen Generation selbst getragen und nicht an zukünftige Generationen vererbt werden. Daher appelliert er nicht nur zur Ablehnung des Antrags, sondern für die Erhöhung dieser Gebühren.

Nicht nur in der Stadt Hagen, sondern landesweit wird von den schwierigen Betreuungszeiten berichtet, somit passt laut Frau Köppen der Appell des Kämmerers nicht in diese Zeit. Die ständigen Ausfälle und reduzierten Betreuungszeiten stellen Eltern vor immense Probleme und in anderen Kommunen werden Monate der Beitragsfreiheit gewährt, anstatt Beiträge zu erhöhen.

Im Gegensatz zur OGS-Situation sieht Herr Klepper einen Unterschied zu der Erhöhung von Kita Beiträgen, welche seitens der CDU auch dem Haushalt genommen werden sollte. Einen entsprechenden Antrag hat die CDU selbst gestellt und wird daher dem aktuellen Antrag nicht zustimmen.

Wie man dem Antrag entnehmen kann, wird die Hebesatzanhebung der Grundsteuer B nicht befürwortet, ebenso nicht die Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer. Darüber hinaus, führt Herr Gronwald aus, dass die Dynamisierung der Elternbeiträge in Kindertages- und Kindertagespflegeeinrichtungen, Sachkosteneinschränkungen bei den Leistungen für junge Menschen und Familien, Sachkosteneinschränkungen bei den Tageseinrichtungen, und Sachkosteneinschränkungen bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgesetzt werden sollte. Die Fraktion Hagen Aktiv sieht das Ende der zusätzlichen Belastungen für alle Bürgerinnen und Bürger in Hagen als erreicht an. Die Stadt Hagen ist jetzt schon bei allen Steuern und Gebühren landesweit, wenn nicht gar bundesweit, am höchsten. Da erlangt die Stadt Hagen Spitzenplätze. Nur bei der Bildung, da findet sich die Stadt am Ende wieder. Deswegen möchte die Fraktion Hagen Aktiv auf keinen Fall Einsparungen im Familien-, Jugend- und Kinderbereich inklusive der Sprachförderung. Seit langer Zeit steht die zielführende Umsetzung von Sprachkursen für alle nicht versorgten Kinder im Alter zwischen 4 und 6 Jahren aus. Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses, oder zumindest die Mitteilung von Frau Sodemann ist bekannt, auf einem guten Weg zu sein, aber das ist sicherlich noch nicht das Ende. Was aber hier in Hagen festzustellen ist, ist der Wegzug von Familien mit Kindern und damit Einkommenssteuerzahlen in großer Zahl. Die Einkommenssteuer musste um 2,8 Millionen Euro nach unten korrigiert werden. Ebenso ziehen Firmen weg, aufgrund steigender Energiepreise, fehlender Fachkräfte oder steigender Abgaben. Sind Fachkräfte vorhanden, werden diese oft mitgenommen, also erneut weniger Steu-

erzahler, mit Auswirkungen auf die Kaufkraft und die Geschäftswelt in Hagen. Auch die Innenstadt hat sich negativ entwickelt, was die Aufenthaltsqualität angeht. Es müssen also Anreize geschaffen werden, sich in Hagen niederzulassen, anstatt Abschreckung zu betreiben und Herr Gronwald bittet daher um Zustimmung des Antrages.

Herr Fritzsche bittet darum, die Punkte einzeln abzustimmen. Aus Sicht der Grünen ist keine Steuererhöhung nicht realistisch und da sollte man dem Bürger gegenüber offen und ehrlich sein. In der aktuellen Situation geht es nicht ohne Steuererhöhung und diese moderate Erhöhung ist dem Bürger durchaus zuzumuten. In den Fachausschüssen wurde intensiv beraten und HSK-Vorschläge bewertet und auch modifiziert, aber im Bereich Steuern wird es nicht möglich sein, gar nichts zu beschließen. Bei den Anträgen zu den Sachkosteneinsparungen gab es seitens der Verwaltung Auskünfte, dass es sich zum Beispiel um nicht abgerufene Gelder und somit um eine Anpassung der Mittel handelt. Somit ist dies unproblematisch, da die Leistungsumfänge nicht verringert werden. Zum Thema Dynamisierung möchte er sich Frau Köppen anschließen und bittet um die getrennte Abstimmung der Anträge.

Die Ratsgruppe HAK ist laut Herrn Oral bereit über alle Themen zu sprechen und gemeinsame Lösungen und Kompromisse anzustreben, auch wenn es in Hagen nicht leicht ist, einen gesunden Haushalt aufzustellen. Die Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuern und besonders die Erhöhung von OGS- und Kita-Gebühren sind jedoch die rote Linie der HAK. Bildung und Wirtschaft sind eng miteinander verbunden. Beide Themen sollten nicht zu einer Belastung der fleißigen Hagener Bürger werden. Er bedankt sich bei der Fraktion Hagen Aktiv für diesen Antrag und hofft auf die Zustimmung der anderen Fraktionen.

Auch Herr Rudel möchte hier die getrennte Abstimmung, da die SPD-Fraktion insbesondere bei der Gewerbesteuer, aber auch der Grundsteuer gleichlautende Anträge gestellt hat. An der Stelle möchte er auch nochmal unterstreichen, dass die Gewerbesteuer mit breitem Konsens in diesem Rat nicht erhöht werden sollte. Die Meinung des Kämmerers ist durchaus verständlich und viele Dinge sind nur sehr schwer zu lösen, aber für die Bürgerinnen und Bürger, wie auch den Gewerbetreibenden ist nun das Ende der Zumutbarkeit erreicht. Er möchte an diesem Punkt einen Hinweis aus dem letzten Jahr geben, als Herr Gerbersmann noch im Herbst die sich verschärfende Lage der Menschen in dieser Stadt anhand der Verbindlichkeiten verdeutlicht hat. Das bedeutet, was unseren Bürgerinnen und Bürgern heute schon zugemutet wird, führt dazu, dass Bürgerinnen und Bürger ihren Verpflichtungen bald nicht mehr nachkommen können. Deswegen halten wir es nicht für sinnhaft, die Grundsteuer anzuheben. Im Übrigen war es auch der Presse zu entnehmen, dass das Thema Grundsteuer spätestens im Jahr 2025 nochmal auf den Rat zukommt. Und da wird sich die Stadt als Kommune über das Thema Grundsteuer nochmal gesondert beraten müssen. Deswegen macht es aus seiner Sicht wenig Sinn, heute an der Stelle hier jetzt tätig zu werden.

Betreffend der Gewerbesteuer möchte Herr Geitz darauf hinweisen, dass auch von der SIHK die Wirtschaftsprägnose und auch die aktuelle Lage nicht als rosig bezeichnet werden. Dies wird durch die Anhebung, oder die mögliche Anhebung der Gewerbesteuer sicherlich nicht besser. Er erinnert in dem Zusammenhang auch an den Wegzug von Hawker. Was die Grundsteuer angeht, wird die Stadt Hagen keine Familien zum Zuzug

bewegen. Auch die AFD wird also beiden Anhebungen der Steuern nicht zustimmen können.

Herr Klepper bedauert, dass diese Haushalsberatung so chaotisch abläuft. Die CDU als stärkste Fraktion hatte, wie auch in den vorherigen Jahren versucht, eine Bündelung im Vorfeld hinzubekommen. Von einer Partei gab es dazu eine klare Ablehnung, es gab keine Antworten von den Linken und der HAK und letztendlich lagen unabgestimmte Anträge vor, die kurzfristig eingereicht wurden. Es wird schwierig, eine abgestimmte Haushaltseratung hinzubekommen. Besonders die demokratischen Parteien sollten ein großes Interesse haben, einen Konsens zu erlangen. Bedauerlicherweise ist dies nicht gelungen und wird dem rechten Rand sicherlich mehr helfen, als den demokratischen Parteien. Nichtsdestotrotz hat die CDU einen Kompromissvorschlag gemacht, der im Prinzip alles, was von Anfang an gefordert wurde, beinhaltet. Sie habe alle Streichungen aus den Fachausschüssen bereits eingearbeitet. Die Anderen hätten das also mitgehen können. Das war ein starkes Zeichen an die Wirtschaft und an die Bevölkerung, es nicht zu einer Überforderung kommen zu lassen. Die CDU hat, das möchte Herr Klepper unterstreichen, als einzige Partei Kompensationen vorgeschlagen, welche zumindest die Gewerbesteuer im Ganzen kompensiert hat, aber auch Teile der anderen Vorschläge, die seitens der CDU gemacht wurden, noch hätten kompensieren können. Er gehe davon aus, dass diese Kompensationen heute beschlossen werden, und bittet um Abwägung, ob hier 13 Jahre Konsolidierung weggeschmissen werden sollen. Die Stadt Hagen wird am Ende der Berechnung 350 Millionen Euro mehr auf dem Schulkonto haben und somit lädt er alle ein, noch einmal darüber nachzudenken, ob es nicht vernünftig wäre, wenigstens einen kleinen Anteil am Haushaltssicherungskonzept, gerade was die Steuererhöhungen anbelangt, stehen zu lassen und es nicht ganz wegzuwischen.

Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Gronwald stellt Frau Sodemann klar, dass es ein Konzept zur Sprachförderung gibt, welches den Fachausschüssen vorliegt. Zu den weiteren im Antrag ausgeführten Maßnahmen 55003 und 55004 gibt sie den Hinweis, dass diese Positionen sehr ausführlich im Sozialausschuss und auch im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wurden. Daran hängen zig verschiedene Einzelmaßnahmen, in den Fachausschüssen wurde dies mit eigenen Listen sehr ausführlich diskutiert und im Detail beschlossen. Dies ist insofern wichtig zu betonen, da besagte Listen mit Details hier im HFA so nicht vorliegen.

Herr Gerbersmann gibt zu bedenken, dass durch Streichung der Steuererhöhung ohne Kompensation ein Drittel unseres Haushaltssicherungskonzepts fehlen wird. In der Gemeindeordnung findet sich ein neuer Passus, wonach die Gemeinde bei Defiziten für eine Genehmigung nachweisen muss, dass sie sich aktiv nach Kräften bemüht hat. Auf den Hinweis von Herrn Rudel bezogen, dass die Rückstände auch etwas damit zu tun haben, dass die Situation vieler Menschen in dieser Stadt nicht auskömmlich ist, dies trifft vollkommen zu. Es ist allerdings auch deutlich zu betonen, dass es in dieser Stadt wesentlich mehr Menschen gibt, bei denen die Situation nicht so ist. Das Gießkannenprinzip ist hier nicht angebracht, da es einen wesentlich höheren Anteil von Menschen in der Stadt Hagen gibt, die sich auskömmlich finanzieren kann. Somit sei das Argument nicht tragbar, es könnten sich nicht alle beteiligen, da es nicht für alle zumutbar sei. Für die Menschen, die es nicht leisten können, gibt es Hilfeinstrumente, welche greifen würden. Das Gießkannenprinzip würde hier nur die Neuverschuldung bringen, daher muss klar nach Mög-

lichkeit und Bedürftigkeit differenziert werden. Somit plädiert er für seinen, aber auch für den Kompromissvorschlag.

Herr Schmidt möchte vorwegschicken, dass seine Partei den Antrag von Hagen Aktiv begrüße und auch unterstützen wird, in seinen einzelnen Punkten. Die Lage war noch nie so ernst wie heute. Es wird seit Jahren nur gespart und heute steht die Verwaltung an einem Punkt, an dem nochmal die Daumenschrauben bei den Bürgern angezogen werden sollen. Das geht nicht mehr. Die Kaufkraft des durchschnittlichen Hageners, dies ist dem Einzelhandelskonzept zu entnehmen, gibt pro Kopf weit über 1000 Euro weniger aus, als der durchschnittliche Bundesbürger, weil er schlicht weniger zur Verfügung hat. Und das liegt an der Bevölkerungsstruktur. Wer die Wahl hat, in Hagen oder in einer der umliegenden Städte zu leben, wo die Steuern und die Gebühren weitaus geringer sind, der entscheidet sich für das Umland. Hier verbleiben in zunehmendem Maße diejenigen, denen es wirtschaftlich nicht gut geht, oder sogar Transferleistungen beziehen. Das kann so nicht weitergehen. Da helfen auch fruchtbare Appelle in Richtung Düsseldorf oder Berlin nicht weiter. Hier würde ein Bündnis von ungehorsamen Städten helfen, die sich nicht länger an die kurze Leine legen lässt.

Herr Rudel kann die Ausführungen des Kämmers an der Stelle verstehen, tatsächlich sieht er dies aber anders. Natürlich ist es einfacher, von jedem einen Euro zu nehmen, anstatt strukturiert von denen mehr zu nehmen, die auch mehr haben. Bei der Grundsteuer ist es so, dass jeder bezahlen muss. Dann trifft es auch diejenigen, die nicht gut ausgestattet sind. Ein Thema, mit dem sich Politik und Verwaltung sowieso im Jahr 2025 noch auseinandersetzen muss. Da hier keine landeseinheitliche Regelung in Aussicht steht, ist es aus seiner Sicht richtig, heute entsprechend so zu verhandeln, auch wenn dies zu Spannungen führt. Der Umgang zwischen den Parteien sorgte für eine gewisse Grundspannung, die an der Stelle aus Sicht von Herrn Rudel nicht notwendig gewesen wäre, weil an ganz vielen Stellen gute Lösungen für unsere Kommune gefunden werden können und gefunden werden wollen. Er habe es immer so verstanden, dass hier gemeinsam, insbesondere die demokratischen Parteien, für die beste Lösung für die Stadt ringen.

Herr Thieser ist der Meinung, dass der Ernst der finanziellen Lage jedem in diesem Gremium bekannt ist. Er hält es daher für nicht zielführend, wenn unsachliche Kommentare in die Diskussion mit eingebracht werden. Er ist davon überzeugt, dass die vertretenen Parteien, die Verwaltung und der Kämmerer alles in ihrer Kraft liegende tun werden, um diese Situation zu meistern. Beim Blick auf den kommunalen Finanzbericht wird sehr deutlich, dass sich nicht nur die Stadt Hagen in einer kritischen Situation befindet, sondern viele weitere Kommunen ebenfalls. Weiter wird deutlich, dass die Kommunen aus eigener Kraft diese finanzielle Misere in der Zukunft nicht lösen werden können. Wenn die Regierung in Düsseldorf das, was sie in den Koalitionsvertrag geschrieben hat, auch durchführen würde, wäre der Stadt Hagen schon viel geholfen. Doch stattdessen ist davon auszugehen, dass nicht nur hier und heute, sondern noch über lange Zeit das Thema Finanzen ein begleitendes Thema bleiben wird. Über die Kompensationsmaßnahme der Ausschüttung durch die Sparkasse ist Herr Thieser sehr verwundert und möchte hier erfahren, wie diese zustande kommt. Bei der aktuellen Arbeitslosigkeit in der Stadt Hagen von ca. 12% darf die Gewerbesteuer nicht erhöht werden und die Grundsteuererhöhung wird auch zu viele Menschen und sogar Unternehmen treffen. Es wird seiner Meinung nach darauf hinauslaufen, nicht die Einnahmen zu steigern, sondern die Kosten zu sen-

ken. Die Antwort sind nicht die Steuererhöhung, sondern welche Einsparungen getroffen werden müssen, was mit den vorhandenen Mitteln noch bezahlt werden kann.

Herr Gronwald möchte bezogen auf die Ausführungen des Kämmerers betonen, dass der Wegzug von Familien und Firmen verhindert werden soll. Dies ist mit einer Anhebung wie angedacht nicht möglich. Stattdessen sollten Anreize geschaffen werden. Auch Vermieter wird es nicht interessieren, ob seine Mieter viel Geld haben, oder wenig verdienen, die Grundsteuer B wird auf die Mieter umgelegt.

Herr Klepper hörte in diesem Ratssaal den Satz, vielleicht müsse der Karren doch mal vor die Wand gefahren werden, damit die Bundesregierung endlich gezwungen sei, der Stadt zu helfen. In diesem Zuge möchte er daran erinnern, dass die Hagener Bürgerinnen und Bürger keine Crashtest Dummies sind. Diese Aussage, einen Karren an die Wand fahren zu lassen, hält er an sich für schwer bedenklich und bezweifelt sehr, dass dies der Weg sein könnte, die kommunale Selbstbestimmung aufrechtzuerhalten.

Herr Walter bezweifelt, dass allen der Ernst der Lage wirklich bewusst ist. Der Kämmerer war sehr eindeutig. Und er hat es heute nochmal deutlich gemacht, dass die Stadt in eine Situation kommt, wahrscheinlich schon im nächsten Jahr, wahrscheinlich auch schon vor der Kommunalwahl, in welcher der Haushalt gänzlich in Frage gestellt würde. Herr König hat gesagt, zusätzliche freiwillige Leistungen wären verzichtbar. Er hat selber in der heutigen Sitzung von einer dramatischen Haushaltsslage gesprochen. Das ist fast schon noch eine Verniedlichung. Selbst wenn Herr Gerbersmann hier nicht mehr Kämmerer ist, die Zahlen ändern sich nicht. Und glaubt irgendeiner, dass von Bund, Land, oder Europa, egal in welcher parteipolitischen Konstellation, irgendeine Unterstützung kommen wird, wenn hier Business as usual gelebt wird? Wer erhöht gerne Steuern? Wer lehnt gerne Anträge ab, wo ein Mitarbeiter eingestellt werden soll, für Kunst im öffentlichen Raum? Das macht keiner gerne. Aber es muss alles getan werden, um die Kommune ansatzweise auf die Spur zu bringen und nicht alles auf nachfolgende Generationen abwälzen. Wer jetzt das Saatgut aufgibt, kann später nichts mehr ernten. Herr Walter bezweifelt auch jenseits von Parteipolitik, dass allen die Lage so klar ist.

Wenn diese Steuererhöhung die Lösung des Problems wäre, dann würde Herr König sie mittragen. Aber diese Steuererhöhung ist doch keine Lösung unserer Probleme. Wenn das, was der Kämmerer geschrieben hat, zutrifft, und er zweifle nicht daran, dass dies zutrifft, werden diese Steuererhöhungen bei weitem nicht ausreichen. Wenn diese Spirale so weitergeht, sind weitere Steuererhöhungen die Folge, so geht es aber nicht weiter. Deshalb ist die Frage, wann der Zeitpunkt erreicht ist, dass es mit Steuererhöhungen nicht weiter geht. Die Stadt hat viele Probleme, verzweifelt werden Schulplätze und Kita Plätze geschaffen, aber die Steuererhöhungen werden dafür keine Lösung bieten. Es muss klar sein, dass Städte wie Hagen Hilfen der Regierung benötigen. Herr König erinnert an die von der Landesregierung im Koalitionsvertrag zugesicherte Altschuldenlösung. Die Stadt benötigt hier die Hilfen von Land und Bund, keine Steuererhöhung zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger von Hagen.

Durch die gerade gefassten Beschlüsse erhöht sich laut Herrn Gerbersmann das Defizit im Jahr 2024 auf 38,8 Millionen Euro, im Jahr 2025 auf 44,7 Millionen Euro, im Jahr 2026 auf 44,3 Millionen Euro. Im Jahr 2031 würde dann erstmalig der Haushaltshaushalt ausgleich gelingen und das zusätzlich bilanziell aufgelaufene Defizit wird bei 206 Millionen Euro lie-

gen. Die Zahlen werden für die Ratssitzung aufbereitet und in die Veränderungslisten eingearbeitet.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2024/2025 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

1. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Maßnahmen 24_40.001 Erhöhung der Elternbeiträge OGS im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2024 nicht zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 15
Dagegen: 7
Enthaltungen: 0

2. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss folgt entsprechend dem einstimmigen Beschluss des Schulausschusses und empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen folgenden Beschluss zu fassen:

Für die bauliche Ertüchtigung der Grundschule Friedrich-Harkort werden 4.250.000,00 € an Mitteln für die Jahre 2024/2025 im Haushaltsplan - nach Möglichkeit investiv - eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP			1
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 20
Dagegen: 1
Enthaltungen: 1

3. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung des Haushaltssicherungskonzeptes die folgenden Maßnahmen:

Maßnahme 24_20.002 - Der Hebesatz verbleibt unverändert bei 750 Punkten

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 12
Dagegen: 10
Enthaltungen: 0

4. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung des Haushaltssicherungskonzeptes die folgenden Maßnahmen:

Maßnahme 24_20.003 - Der Hebesatz verbleibt unverändert bei 520 Punkten

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 21

Dagegen: 1

Enthaltungen: 0

5. Ergänzungsbeschluss:

**Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung des Haushaltssicherungskonzeptes die folgenden Maßnahmen:
Maßnahme 24_55.005 - Keine Dynamisierung dieser Elternbeiträge**

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 21
Dagegen: 1
Enthaltungen: 0

6. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt das Haushaltssicherungskonzept (Anlage 3 von DS 0308/2024 „Übersicht der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2024 (HSK 2024) und der 1. Veränderungsliste des Doppelhaushalts 2024/2025“ (DS 0308/2024) mit Ausnahme folgender Maßnahme: 24_20.004 Änderung Vergnügungssteuersatzung

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD			2
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI		1	
FDP	1		
Die Linke		1	
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 18
Dagegen: 2
Enthaltungen: 2

7. Ergänzungsbeschluss:

**Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung und Ergänzung die folgenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK):
Maßnahme Frontkamera: Erhöhung der Einnahmen bei der mobilen Verkehrsüberwachung - 24_RAT.001**

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD		2	
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 20
Dagegen: 2
Enthaltungen: 0

8. Ergänzungsbeschluss:

**Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung und Ergänzung die folgenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts (HSK):
Maßnahme Gewinnausschüttung Sparkasse: Erhöhung der Gewinnausschüttung der Sparkasse um weitere zwei Millionen Euro für die Stadt Hagen für die Jahre 2024/2025 - 24_RAT.002**

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 22
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

9. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung und Ergänzung die folgenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts (HSK): weitere Ausschüttung von Beteiligungen: Ausschüttung aus Jahresergebnis 2023/Gewinnrücklage WBH - 24_RAT.003

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 22
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

10. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung und Ergänzung die folgenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK): Erhöhung der Besteuerung von Glücksspielautomaten: Die Verwaltung erhöht die Besteuerung von Glückspielautomaten im Stadtgebiet - 24_RAT.004

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI			1
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 21
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 1

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2024/2025 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

1. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Maßnahmen 24_40.001 Erhöhung der Elternbeiträge OGS im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2024 nicht zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 15
Dagegen: 7
Enthaltungen: 0

2. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss folgt entsprechend dem einstimmigen Beschluss des Schulausschusses und empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen folgenden Beschluss zu fassen:

Für die bauliche Ertüchtigung der Grundschule Friedrich-Harkort werden 4.250.000,00 € an Mitteln für die Jahre 2024/2025 im Haushaltsplan - nach Möglichkeit investiv - eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP			1
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 20
Dagegen: 1
Enthaltungen: 1

3. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung des Haushaltssicherungskonzeptes die folgenden Maßnahmen:

Maßnahme 24_20.002 - Der Hebesatz verbleibt unverändert bei 750 Punkten

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU		5	
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP		1	
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 12
Dagegen: 10
Enthaltungen: 0

4. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung des Haushaltssicherungskonzeptes die folgenden Maßnahmen:

Maßnahme 24_20.003 - Der Hebesatz verbleibt unverändert bei 520 Punkten

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 21
Dagegen: 1
Enthaltungen: 0

5. Ergänzungsbeschluss:

**Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung des Haushaltssicherungskonzeptes die folgenden Maßnahmen:
Maßnahme 24_55.005 - Keine Dynamisierung dieser Elternbeiträge**

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB		1	
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 21
Dagegen: 1
Enthaltungen: 0

6. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt das Haushaltssicherungskonzept (Anlage 3 von DS 0308/2024 „Übersicht der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2024 (HSK 2024) und der 1. Veränderungsliste des Doppelhaushalts 2024/2025“ (DS 0308/2024) mit Ausnahme folgender Maßnahme: 24_20.004 Änderung Vergnügungssteuersatzung

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD			2
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI		1	
FDP	1		
Die Linke		1	
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 18
Dagegen: 2
Enthaltungen: 2

7. Ergänzungsbeschluss:

**Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung und Ergänzung die folgenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK):
Maßnahme Frontkamera: Erhöhung der Einnahmen bei der mobilen Verkehrsüberwachung - 24_RAT.001**

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD		2	
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 20
Dagegen: 2
Enthaltungen: 0

8. Ergänzungsbeschluss:

**Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung und Ergänzung die folgenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts (HSK):
Maßnahme Gewinnausschüttung Sparkasse: Erhöhung der Gewinnausschüttung der Sparkasse um weitere zwei Millionen Euro für die Stadt Hagen für die Jahre 2024/2025 - 24_RAT.002**

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 22
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

9. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung und Ergänzung die folgenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts (HSK): weitere Ausschüttung von Beteiligungen: Ausschüttung aus Jahresergebnis 2023/Gewinnrücklage WBH - 24_RAT.003

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 22
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

10. Ergänzungsbeschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung und Ergänzung die folgenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts (HSK): Erhöhung der Besteuerung von Glücksspielautomaten: Die Verwaltung erhöht die Besteuerung von Glücksspielautomaten im Stadtgebiet - 24_RAT.004

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB	1		
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	2		
Hagen Aktiv	2		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI			1
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 21
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 1

- Anlage 1 Antrag Eintritt Theater HFA 21.3.2024
- Anlage 2 Antrag ESM HFA 21.3.2024
- Anlage 3 Antrag Gehwegleuchten Lennepark HFA 21.3.2024
- Anlage 4 Antrag Kunst im öffentlichen Raum HFA 21.3.2024
- Anlage 5 Antrag Lehrerparkplätze HFA 21.3.2024.docx
- Anlage 6 Antrag Planetenmodell HFA 21.3.2024.docx
- Anlage 7 Antrag Toilette Hohenlimburg HFA 21.3.2024.docx
- Anlage 8 Aufhebung der Wiederbesetzungssperre HFA.docx
- Anlage 9 Aufwertung Wohnmobilstellplatz HFA.docx
- Anlage 10 Erhöhung der BV-Etats HFA
- Anlage 11 2024.03.21 RAT Sachantrag SPD - Haushalt 2024-2025
- Anlage 12 2024-03-21_Sachantrag_Anfrage_Außenstände_SPD - Haushalt 2024-2025
- Anlage 13 2024-03-21_Sachantrag_Haushalt 2024-2025 OGS-Beiträge_SPD
- Anlage 14 2024_03_21_Sachantrag_CDU_Grüne_FDP_§16_HFA_Haushalt20242025
- Anlage 15 2024-03-21_Sachantrag_Haushalt_Änderungsantrag_Hagen_Aktiv

Anlage 16 2024-03-21 HFA Sachantrag SPD - Haushalt 2024-2025 Mittelbereitstellung
Friedrich-Harkortschule

Anlage 17 2024-03-21 Sachantrag_Haushalt_Gemeinsamer Antrag Hundewiesen

Anlage 18 2024.03.21 HFA Sachantrag SPD - Haushalt 2024-2025 Mittelbereitstellung
Friedrich-Harkortschule

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause**

Hagen, den 6. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 16 (1, 2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 5.2. „Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 21. März 2024, zu setzen:

Erhöhung der Eintrittspreise für auswärtige Besucher des Theaters Hagen

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah Gespräche mit der Theater Hagen gGmbH zwecks Erhöhung der Eintrittspreise für auswärtige Besucher zu führen. Anschließend wird ein Zahlungssystem eingeführt, bei dem auswärtige Besucher einen höheren Eintrittspreis für Vorstellungen am Theater Hagen zahlen als in Hagen wohnende Ticketkäufer.

Begründung: Damit die Eintrittspreise für Besucher des Hagener Theaters erschwinglich bleiben, subventioniert die Stadt Hagen das Theater jährlich mit einem zweistelligen Millionenbetrag. Davon profitieren nicht nur die Hagener Bürger, sondern auch Gäste aus den – oftmals finanziell deutlich besser gestellten – Nachbargemeinden, die das Hagener Theater ihrerseits in keiner Weise unterstützen.

So verzeichnet das Hagener Theater laut der Homepage „Ruhr Bühnen“ der „Ruhr Tourismus GmbH“ jährlich rund 180.000 Besucher, von denen etwa 30 Prozent – also 50.000 bis 60.000 Gäste – von auswärts kamen. Selbst bei einer geringen Anhebung des Eintrittspreises um nur wenige Euro ergäben sich Mehreinnahmen im sechsstelligen Bereich.

Diese zusätzlich vereinnahmten Gelder können einerseits in andere städtische Kulturprojekte investiert werden und andererseits ihren Teil dazu beitragen, dass das Theater Hagen auch weiterhin in der Lage ist, seinen Gästen qualitativ hochwertige Produktionen zu präsentieren.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt
Sprecher der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI
im Haupt- und Finanzausschuss

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause**

Hagen, den 6. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 16 (1, 2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 5.2. „Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 21. März 2024, zu setzen:

Beteiligung der Emil Schumacher Stiftung an den Sanierungskosten des Emil Schumacher Museums

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Emil Schumacher Stiftung auf deren vertraglich zugesicherte Beteiligung an den aufgrund von Baumängeln entstandenen Mehrkosten am Emil Schumacher Museum hinzuweisen und die Stiftung zur Zahlung besagter Mehrkosten aufzufordern.

Begründung: Unter anderem aufgrund eklatanter Hygiene- und Klimamängel in den lüftungstechnischen Anlagen und der Trinkwasser-Installation des Museums sowie des extrem hohen Energieverbrauches belaufen sich die voraussichtlichen Sanierungskosten für das Emil Schumacher Museum mittlerweile auf einen zweistelligen Millionenbetrag.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14. Mai 2020 beantwortete die Verwaltung die Frage nach einer Beteiligung der Emil Schumacher Stiftung an den Sanierungskosten für das Emil Schumacher Museum wie folgt (Drucksachenummer 0306/2020): „Eine vertragliche Verpflichtung zur Beteiligung an den Sanierungskosten besteht nicht.“ Diese Aussage ist nach Auffassung der Antragsstellerin falsch.

Tatsächlich stellt der Vertrag zwischen der Stadt Hagen und der Emil Schumacher Stiftung vom 24.06.2005 unter § 4 (3) beide Vertragspartner bezüglich der Abdeckung von Mehrkosten eindeutig gleich: „(...) Lassen sich trotz aller gemeinsamer Bemühungen von keiner Seite zu vermeidende

Mehrkosten nicht vermeiden, werden sich die Vertragsschließenden gemeinschaftlich um die Abdeckung bemühen.“

Dass zu den „von keiner Seite zu vermeidenden Mehrkosten“ auch – oder gerade – Baumängel zählen, verdeutlicht Punkt 3. der schriftlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Hagen und der Emil Schumacher Stiftung vom 14.8.2015: „Zwischen den Parteien besteht Einigkeit darüber, dass zu den in ihrem Verhältnis hinsichtlich der Auslegung dieser Vereinbarung zuwendungsfähigen Kosten auch die Kosten für die Beseitigung von Baumängeln hinzugerechnet werden, für die ein Verantwortlicher nicht zu ermitteln ist oder für die Ersatz von den Verantwortlichen nicht erlangt werden kann.“

Bislang sind der Antragsstellerin keine Signale seitens der Emil Schumacher Stiftung bekannt, sich an den Sanierungskosten zu beteiligen, obwohl § 4 (4) des Vertrages vom 24.06.2005 von „zu leistenden Beträgen“ der Emil Schumacher Stiftung spricht und somit einen verpflichtenden Charakter besitzt: „Der Stadt ist bekannt, dass die Stiftung die von ihr zu leistenden Beträge aus Spenden bzw. Zustiftungen von dritter Seite und soweit diese Mittel nicht ausreichen, aus eigenen Mitteln aufbringt.“

Die oben angeführten Vertragsinhalte lassen nach Ansicht der Antragsstellerin keine Zweifel daran, dass die Emil Schumacher Stiftung zu einer Beteiligung an den Sanierungskosten für das Emil Schumacher Museum verpflichtet ist. Die Verwaltung wird deshalb aufgefordert, die Stiftung schnellstmöglich auf diese Verpflichtungen hinzuweisen und den Kultur- und Weiterbildungsausschuss in den kommenden Sitzungen über die Gespräche mit der Stiftung auf dem Laufenden zu halten.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt
Sprecher der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI
im Haupt- und Finanzausschuss

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause**

Hagen, den 7. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 16 (1, 2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 5.2. „Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 21. März 2024, zu setzen:

Installation von Gehwegleuchten im Lennepark

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird gemäß dem einstimmigen Entschluss der Bezirksvertretung Hohenlimburg vom 25. November 2020 gebeten, die Installation von Gehwegleuchten auf dem Fußweg entlang des Damms im Lennepark zu veranlassen, um Spaziergängern und Joggern so auch in der Dunkelheit einen gefahrlosen Aufenthalt im Park zu ermöglichen. Die für Anschaffung und Installation der Gehwegleuchten anfallenden Kosten werden im Doppelhaushalt 2024/2025 berücksichtigt.

Begründung: Aufgrund seiner zentralen Lage ist der Lennepark ein leicht zureichendes Naherholungsgebiet für Spaziergänger, Hundebesitzer und Jogger, die hier gute Möglichkeiten zur Ausübung ihres Sports vorfinden. In den Wintermonaten wird der Park aber deutlich weniger frequentiert als im Sommer, da weite Bereiche nicht ausgeleuchtet sind und der Untergrund des Gehwegs auf dem Damm schon in den späten Nachmittagsstunden kaum mehr zu erkennen ist.

Abhilfe schaffen Leuchten, die den Gehweg vom Parkeingang Im Klosterkamp bis zum Platz am Parkausgang Iserlohner Straße/Stennertstraße (Brüderchen und Schwesterchen) flankieren. Diese Leuchten bieten Spaziergängern und Hundebesitzern nicht nur mehr Sicherheit beim Gang durch den Park, sondern nehmen vielen Menschen auch die Angst, sich während der Dunkelheit dort aufzuhalten.

Zudem können Laufsportler so gefahrlos ihrem Hobby nachgehen, da die vielfach verwendeten Stirnlampen keine echte Alternative zu einer professionellen Beleuchtung darstellen. Mit der Installation der Leuchten wäre eine komplett beleuchtete Rundstrecke für Jogger geschaffen, an der es in Hohenlimburg bislang fehlt.

Nach dem am 29. Februar 2024 getroffenen Beschluss, den Lennepark aus dem InSEK Hohenlimburg herauszunehmen, muss die von der BV Hohenlimburg einstimmig beschlossene Installation der Leuchten im Doppelhaushalt 2024/2025 berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt
Sprecher der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI
im Haupt- und Finanzausschuss

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause**

Hagen, den 6. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 16 (1, 2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 5.2. „Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 21. März 2024, zu setzen:

Einrichtung einer Stelle „Sachbearbeitung Kunst im öffentlichen Raum“

Beschlussvorschlag: Der Haupt- und Finanzausschuss spricht sich, wie ursprünglich zum Haushalts- und Stellenplan 2024 vorgesehen, für die Einrichtung einer Stelle (50%) „Sachbearbeitung Kunst im öffentlichen Raum“ aus.

Begründung: Seit vielen Jahren, mindestens aber seit 2009, wird in verschiedenen Fachausschüssen und Bezirksvertretungen der Stadt Hagen über eine Inventarisierung der Kunst im öffentlichen Raum und eine dafür zu schaffende Stelle diskutiert.

In der Sitzung des Kultur- und Weiterbildungsausschusses vom 14. März 2023 teilte Herr Thomas Bleicher für die Verwaltung mit, dass zum Stellenplan 2024/2025 eine halbe Stelle für die Aufgabe „Kunst im öffentlichen Raum“ angemeldet worden sei und die Personalverwaltung diesem Vorschlag folge. Außerdem würden entsprechende Sachmittel zum Haushaltsplan 2024/2025 angemeldet.

Wie wichtig die Einrichtung einer solchen Stelle ist, verdeutlicht die Entwicklung der Kunst im öffentlichen Raum in den vergangenen Jahren. So erläuterte der Stadtheimatpfleger Michael Eckhoff noch am 31. Januar 2024 im Rahmen einer Podiumsdiskussion an der Fernuniversität, dass zahlreiche dieser Kunstwerke mittlerweile beschädigt oder sogar komplett zerstört worden seien. Indem die

Stadt Hagen diesem Prozess tatenlos zusieht, nimmt sie den Verlust eines Stücks ihrer eigenen Geschichte in Kauf.

Der angedachte Verzicht auf eine Stelle „Sachbearbeitung Kunst im öffentlichen Raum“ bedeutet aber auf Dauer nicht nur den Verlust zahlreicher Kunstwerke, sondern verstößt nach Ansicht der Antragsstellerin auch gegen § 28 (Fn 4) der Gemeindehaushaltsverordnung NRW: „In der Inventur zum Schluss eines jeden Haushaltjahres sind die im wirtschaftlichen Eigentum stehenden Vermögensgegenstände, die Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur vollständig aufzunehmen. Dabei ist der Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden anzugeben (Inventar). Die Vermögensgegenstände sind mindestens alle fünf Jahre durch eine körperliche Inventur aufzunehmen.“

Tatsächlich beinhalten die seitens der Verwaltung vorgelegten Auflistungen der Kunst im öffentlichen Raum aber nur einen Bruchteil der vorhandenen Kunstwerke; bei vielen dieser Arbeiten ist zudem der Wert laut Auflistungen noch nicht ermittelt worden.

Und selbst an dem mit einem Versicherungswert von 400.000 Euro in der Anlagenbuchhaltung bilanzierten und somit teuersten Kunstwerk im öffentlichen Raum Hagens, Alexander Archipenkos Bronzeplastik „Gondoliere“, besteht seitens der Verwaltung offenbar kein Interesse. Um während der Bauarbeiten am Theodor-Heuss-Gymnasium Schäden von der Bronze, deren Wert heute vermutlich mehr als eine halbe Million Euro beträgt, abzuwenden, transportierte der umsichtige Schulhausmeister das Kunstwerk im Jahr 2021 mit Hilfe einiger Schüler in den Keller des Gebäudes. Dort liegt der Gondoliere, der in einer kleineren Version im New Yorker Metropolitan Museum of Art zu bewundern ist, bis zum heutigen Tage - obwohl die Bauarbeiten am THG längst beendet sind.

Um einerseits die zahlreichen Kunstwerke dauerhaft zu erhalten und andererseits der Gemeindehaushaltsverordnung NRW gerecht zu werden, ist die Einrichtung einer Stelle „Sachbearbeitung Kunst im öffentlichen Raum“ somit unabdingbar.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt
Sprecher der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI
im Haupt- und Finanzausschuss

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause**

Hagen, den 11. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 16 (1, 2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 5.2. „Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 21. März 2024, zu setzen:

Abschaffung der Gebührenpflicht auf dem Lehrerparkplatz am Gymnasium Hohenlimburg

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebührenpflicht auf dem Lehrerparkplatz am Gymnasium Hohenlimburg aufzuheben, da dieser Platz seit Einführung der Bewirtschaftung im Jahr 2020 kaum noch genutzt wird, während in den umliegenden Straßen immenser Parkdruck herrscht. Die monatlichen städtischen Einnahmen in Höhe von 50 Euro stehen dabei in keinem Verhältnis zu den Unannehmlichkeiten der Anwohner, die gerade an der Wiesenstraße oftmals keinen Parkplatz finden, da ein Teil des Parkraums von Fahrzeugen der Gymnasiallehrer belegt wird.

Begründung: Wie die Verwaltung am 29. Februar 2024 in der Bezirksvertretung Hohenlimburg mitteilte (Vorlage 0207/2024), sind am Gymnasium Hohenlimburg, wo laut schuleigener Homepage über 60 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten, derzeit nur 2 der 47 vorhandenen Parkplätze vermietet. Somit hat sich die ohnehin schon niedrige Quote an vermieteten Plätzen seit dem Jahr 2021 noch einmal von vier auf zwei und die damit einhergehende monatliche Einnahme von 100 auf 50 Euro halbiert.

Seit der Einführung der Gebührenpflicht berichten Anwohner der Wiesenstraße regelmäßig über große Schwierigkeiten, in der Nähe ihres Hauses einen Platz für ihr Auto zu finden. Oftmals müssten sie längere Zeit in der Nachbarschaft nach einem Parkplatz suchen und – wenn sie endlich einen Platz

gefunden hätten – von dort die Einkäufe bis zu ihrer Wohnung schleppen, was gerade für ältere Menschen ein Problem darstellt.

Dass die Stadt Hagen ihren Bürgern für eine monatliche Einnahme von 50 Euro derartige Unannehmlichkeiten aufbürdet, ist nicht nachvollziehbar. Auch die Begründung der Verwaltung vom 31. Mai 2021, „Eine Aufhebung der Gebührenpflicht für einzelne Parkplätze würde eine Diskussion entfachen, warum Lehrer an dem einen Standort Gebühren zahlen müssen und an dem anderen nicht“ (Vorlage 0395/2021), erscheint unschlüssig, da es in Hagen ohnehin sowohl bewirtschaftete als auch nicht bewirtschaftete Lehrerparkplätze gibt.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt
Sprecher der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI
im Haupt- und Finanzausschuss

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause**

Hagen, den 6. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 16 (1, 2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 5.2. „Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 21. März 2024, zu setzen:

Sanierung des Planetenmodells Hagen

Beschlussvorschlag: Der Haupt- und Finanzausschuss begrüßt seinen einstimmigen Beschluss vom 19. Oktober 2023, wonach das Planetenmodell Hagen anhand der im Kultur- und Weiterbildungsausschuss sowie in der BV Mitte vorgestellten Methode saniert und die dafür notwendigen Kosten im Haushaltsplan für das Jahr 2024 berücksichtigt werden. Der Wirtschaftsbetrieb Hagen (WBH) setzt die Maßnahme zeitnah um.

Begründung: Seit mehr als zehn Jahren befasst sich der Kultur- und Weiterbildungsausschuss mit der Restaurierung des Planetenmodells Hagen, das in den 1960er und 1970er Jahren als weltweit erstes begehbares Modell unseres Planetensystems entstand und überregional großes Ansehen genießt: So kam das Westfälische Denkmalamt in Münster bereits 2013 zu dem Schluss, dass die maßstabsgerechte und in dieser Form weltweit einzigartige Darstellung des Sonnensystems ein Baudenkmal darstelle und verfügte daher die Eintragung in die Denkmalliste.

Nachdem sowohl der Haupt- und Finanzausschuss (19. Oktober 2023) als auch der Kultur- und Weiterbildungsausschuss (24. Oktober 2023) sowie der Rat der Stadt Hagen (2. November 2023) die Sanierung des Planetenmodells einstimmig beschlossen hatten, soll laut Haushaltsplanentwurf 2024/2025 trotz dieser eindeutigen Voten auf eine Sanierung verzichtet werden.

Ein solcher Umgang mit einem städtischen Alleinstellungsmerkmal ist nicht nur aus kulturhistorischer, sondern auch aus juristischer Sicht nicht nachvollziehbar, wie die Stadt Hagen auf ihrer Homepage selbst verdeutlicht: „Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte werden verpflichtet, dieses Denkmal instand zu halten, instand zu setzen, sachgemäß zu behandeln und vor Gefährdung zu schützen (§ 7 DSchG NRW). Baudenkmäler und ortsfeste Bodendenkmäler sind dann so zu nutzen, dass die Erhaltung der Substanz auf Dauer gewährleistet ist (§ 8 DSchG NRW).“

Zudem erläuterte Herr Spannaus (Fachleiter Straßenbetrieb WBH), der sich nach eigener Aussage seit über zehn Jahren mit dem Planetenmodell beschäftigt, in der Sitzung des Kultur- und Weiterbildungsausschusses vom 24. Oktober 2023, „dass die Platten, die sich im Verkehrsraum befänden, bei einer Nichtbeschichtung dort herausgenommen werden müssten. Auch dieses würde enorme Kosten verursachen.“ Warum diese Aussage laut Mitteilung des WBH vom 2. Februar 2024 plötzlich nicht mehr richtig sein soll, erscheint wenig plausibel.

Um das Planetenmodell für die Öffentlichkeit zu erhalten, den gesetzlichen Vorgaben des Denkmalschutzes gerecht zu werden und mögliche Unfälle auf den nicht sanierten Platten zu vermeiden, muss das Modell in der unter anderem vom Kultur- und Weiterbildungsausschuss beschlossenen Art und Weise restauriert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt
Sprecher der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI
im Haupt- und Finanzausschuss

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause**

Hagen, den 7. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 16 (1, 2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 5.2. „Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 21. März 2024, zu setzen:

Öffnung der Toilette auf dem Neuen Marktplatz in Hohenlimburg für die Öffentlichkeit

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird beauftragt, die städtische Toilettenanlage auf dem Neuen Marktplatz in Hohenlimburg während der Geschäftszeiten in der Hohenlimburger Fußgängerzone (wochentags 9.30 bis 18.30 Uhr, samstags 9.30 bis 13 Uhr) der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Die für Öffnung, Reinigung und Unterhalt der Toilette anfallenden Kosten werden gemäß der Beschlüsse der BV Hohenlimburg vom 27. Januar 2022 (Vorlage 0082/2022) und vom 24. Februar 2022 (Vorlage 0193/2022) im Doppelhaushalt 2024/2025 berücksichtigt.

Begründung: Seitdem vor Jahren die Toilette im Pavillon Freiheitstraße/Preinstraße unter anderem wegen der fehlenden Barrierefreiheit geschlossen wurde, existiert in der Hohenlimburger Innenstadt mit dem WC im Rathaus Hohenlimburg nur noch eine öffentliche Toilettenanlage. Diese liegt aber einerseits abseits der zahlreichen Ladenlokale, von denen mehrere leer stehen und wieder belebt werden sollen, und ist andererseits während der Öffnungszeiten der Geschäfte teilweise geschlossen (mittwochs und freitags nur bis 12 Uhr geöffnet, samstags komplett geschlossen, an den restlichen Wochentagen nur bis 17 Uhr geöffnet). Dieser Umstand führt regelmäßig zu Beschwerden und wurde bereits in einem Zeitungsartikel („Hohenlimburg: Toilette im Rathaus nur begrenzt offen“) thematisiert.

Um dem Leerstand entgegenzuwirken und die Fußgängerzone aufzuwerten, bedarf es jedoch einer öffentlichen Toilette, zumal eine Revitalisierung der Hohenlimburger Innenstadt durch das sich verzögernde INSEK-Programm noch Jahre in Anspruch nehmen wird.

Die Öffnung der im städtischen Besitz befindliche Toilette am Neuen Marktplatz könnte mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand ihren Teil zur angestrebten Attraktivitätssteigerung der Hohenlimburger Innenstadt beitragen. Das sieht auch die Bezirksvertretung Hohenlimburg so, die gleich zweimal einstimmig für die Öffnung votierte.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt
Sprecher der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI
im Haupt- und Finanzausschuss

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause**

Hagen, 12. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 16 (1, 2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 5.1. „Stellenplan für die Jahre 2024/2025“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 21. März 2024, zu setzen:

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre

Beschlussvorschlag: Die Wiederbesetzungssperre für Stellen bei der Hagener Stadtverwaltung wird zum 1. August 2024 aufgehoben. Freiwerdende Stellen, die nicht dauerhaft wegfallen sollen, werden unverzüglich neu besetzt.

Begründung: Entweder eine Stelle wird benötigt, oder sie wird nicht benötigt. Wenn sie nicht benötigt wird, ist sie zu streichen. Wenn sie benötigt wird, so ist es nicht vertretbar, diese über Monate unbesetzt zu lassen, da die dieser Arbeitsstelle zugeordnete Arbeit über Monate nicht erledigt wird, und zwar nicht selten zu Lasten der Bürger, oder aber andere bei der Stadtverwaltung tätige Mitarbeiter diese Arbeit zusätzlich zu ihrem bestehenden Pensum erledigen müssen, was die Gefahr der Überlastung in sich birgt.

Das Prinzip Wiederbesetzungssperre ist somit auch geeignet, den Krankenstand in der Stadtverwaltung zu erhöhen. Zudem hemmt eine befristete Wiederbesetzungssperre die Neubesetzung zusätzlich, da etwaige Bewerber damit rechnen müssen, vom ersten Tag an mit unerledigter Arbeit in erheblichem Ausmaß konfrontiert zu werden. Eine angemessene Einarbeitungszeit ist so kaum zu realisieren. Im Vergleich zu offenen Stellen bei Städten, die ohne Wiederbesetzungssperre agieren, sind mit Wiederbesetzungssperren belegte Stellen in der Hagener Stadtverwaltung somit weniger attraktiv – dies in Zeiten, in denen es zumindest in Teilbereichen ohnehin in zunehmendem Maße schwierig ist, qualifiziertes Personal zu generieren.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt

Sprecher der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI

im Haupt- und Finanzausschuss

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause**

Hagen, 12. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 16 (1, 2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 5.2. „Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 21. März 2024, zu setzen:

Aufwertung Wohnmobilstellplatz

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird beauftragt, den Wohnmobilstellplatz „Am Lennepark“ mit einer Möglichkeit zur Stromversorgung ausstatten zu lassen. Das Stellplatzkontingent soll von drei auf sechs Plätze ausgebaut werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Haushalt 2024/2025 einzustellen.

Begründung: Der Wohnmobilstellplatz „Am Lennepark“ wurde im März 2019 in Betrieb genommen und erfreut sich seither großer Beliebtheit. Sogar in den Wintermonaten wird der Platz gut genutzt, obwohl er keinerlei nutzernahe Infrastruktur vorhält. Er wurde umgehend auf den einschlägigen Internetseiten der Wohnmobilisten beworben und dort auf Grund seiner ansprechenden Lage an Lenne und Park positiv besprochen.

Von den Besuchen auswärtiger Wohnmobilisten profitiert auch der heimische Handel, denn Wohnmobilisten geben laut Statistik pro Tag circa 70 Euro in der Stadt ihres Aufenthaltes aus (Stand: 2019). Einen Boom erlebt die Wohnmobilszene seit der Corona-Pandemie; die Anzahl der angemeldeten Wohnmobile hat sich von 2015 bis 2022 auf 767.325 nahezu verdoppelt. Der Wohnmobilstellplatz „Am Lennepark“ ist nach wie vor der einzige im Geltungsbereich der Stadt Hagen und bietet nicht zuletzt auch Sportlern, die das benachbarte Kanu-Leistungszentrum nutzen, eine günstige Übernachtungsmöglichkeit.

Nach dem am 29. Februar 2024 getroffenen Beschluss, den Lennepark aus dem InSEK Hohenlimburg herauszunehmen, entfällt in diesem Bereich kurz- bis mittelfristig die Möglichkeit, den Bereich über

ein Gesamtkonzept unter Zuhilfenahme von Fördermitteln aufzuwerten. Der Strom soll gegen Bezahlung abgegeben werden; über ein entsprechendes Bezahlungssystem ließen sich auch die Kosten für die Installation der Anlage refinanzieren.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt
Sprecher der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI
im Haupt- und Finanzausschuss

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause**

Hagen, 12. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 16 (1, 2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 5.2. „Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 21. März 2024, zu setzen:

Erhöhung der BV-Etats

Beschlussvorschlag: Die Etats der Bezirksvertretungen (BV-Mittel) werden ab dem Haushaltsjahr 2025 pauschal um zehn Prozent erhöht und werden ab dann in voller Höhe bereitgestellt.

Begründung: Die Mittel der Bezirksvertretungen sind seit vielen Jahren nicht erhöht worden. Die Maßnahme soll die allgemeinen Preissteigerungen, insbesondere den Inflationsschub seit Beginn des Krieges in der Ukraine, abmildern und der stetigen Verringerung der finanziellen Handlungsspielräume aller Bezirksvertretungen maßvoll entgegenwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt
Sprecher der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI
im Haupt- und Finanzausschuss

G R E M I U M:	HFA
SITZUNG AM:	21. März 2024
T O P:	5.2.
D R U C K S - N R.:	
BERATUNGSGEGENSTAND:	Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Maßnahmen 24_20.002 Hebesatzanhebung Grundsteuer B auf **890** Prozentpunkte und 24_20.003 Hebesatzanhebung Gewerbesteuer auf **530** Prozentpunkte im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2024 **nicht** zu beschließen. Der Hebesatz bei der Grundsteuer B verbleibt bei 750 Prozentpunkten, der Hebesatz bei der Gewerbesteuer bei 520 Prozentpunkten.

Begründung:

Die Aufstellung des Doppelhaushaltes 2024/2025 hat einmal mehr gezeigt, dass die kommunalen Finanzen unserer Stadt nicht mehr ausreichen, um unsere Infrastruktur und unsere Gebäude ordentlich erhalten zu können, geschweige denn auszubauen und zu modernisieren. Zukunftsplanungen in wichtigen Mobilitäts- und Umweltfragen werden zurückgestellt, ausreichend Schul- und OGS-Plätze können schon jetzt nicht angeboten werden.

Der von Kämmerer Christoph Gerbersmann eingebrachte Doppelhaushalt weist weder Effizienz noch Schwerpunkte noch Leitlinien auf, mit denen wir unsere Stadt in eine positive Richtung entwickeln könnten. Es handelt sich um einen Haushalt, der den Mangel verwaltet und für Stillstand und in vielen Bereichen sogar für Rückschritte steht.

Diese Entwicklung zeichnet sich seit über 20 Jahren unter einer CDU geführten Stadtpolitik ab. Insbesondere ebenso verantwortlich sind das Land NRW und der Bund, die armen Kommunen wie Hagen immer mehr kostenträchtige Aufgaben aufbürden, bei der Regelung der Altschuldenlösung aber unserer Stadt verantwortungslos den Rücken zukehren. Insbesondere die aktuelle Landesregierung aus CDU und Grünen, die in ihrem Koalitionsvertrag eindeutig eine Altschuldenlösung zugesagt hat, muss endlich in die Pflicht

genommen werden und eben nicht die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmerinnen und Unternehmer unserer Stadt.

Die SPD-Ratsfraktion lehnt es daher ab, die nicht nur in Hagen, sondern im gesamten Ruhrgebiet beklagte kommunale Finanzmisere durch Steuererhöhungen zu kaschieren. Die vom Kämmerer eingeplante Erhöhung der Grundsteuer B soll jährlich 9,2 Mio. Euro mehr in die Stadtkasse spülen, die Erhöhung der Gewerbesteuer 2,4 Mio. Euro.

Die SPD-Ratsfraktion lehnt es ab, die Hagenerinnen und Hagener neben den in den letzten Krisenjahren entstandenen Verteuerungen im gesamten Lebensbereich nochmals mit einem Aufschlag auf die Wohn- und Mietnebenkosten zu belasten, ohne ihnen einen Gegenwert bieten zu können. Die Grundsteuer für ein Reihenhaus an der Loxbaumstraße würde sich beispielsweise jährlich um **96,06** Euro von **514,73** Euro auf **610,81** Euro erhöhen.

Ein Vergleich mit unseren Nachbarstädten macht aber deutlich, dass Hagen bereits jetzt schon zu den Spitzenreitern bei der Grundsteuer gehört. Der Hebesatz in Herdecke beträgt **745** und in Wetter **755** Prozentpunkte. Dortmund berechnet **610** Prozentpunkte. Iserlohn liegt noch bei **496** Prozentpunkten. Durchschnittlich beträgt der Hebesatz für die Grundsteuer B in Nordrhein-Westfalen **565** Prozentpunkte.

Darüber hinaus steht für das kommende Jahr die Umsetzung der Grundsteuerreform an. Hier werden bereits Belastungsverschiebungen zwischen Wohn- und Geschäftsgrundstücken prognostiziert. Im Ergebnis würden die Eigentümer von Geschäftsgrundstücken um rund 37 Prozent entlastet, während sich für die Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern durchschnittlich Erhöhungen um circa 40 Prozent ergeben würden. Das bedeutet aber, dass die Bürgerinnen und Bürger 2025 mit einer erneuten Belastung rechnen müssen, sollte das Land NRW nicht mit der Anpassung der Messbeträge eine schnelle und gerechte Lösung anbieten.

Claus Rudel



SPD-Ratsfraktion



An den
Vorsitzenden des
Haupt- und Finanzausschusses
Herrn Oberbürgermeister Schulz

Hagen, 14. März 2024

im Hause

Verbindlichkeiten der Bürger*innen gegenüber der Stadt Hagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Beantwortung der og. Anfrage zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, gem. § 5 Abs.1 GesChO, am 21. März 2024.

Die Verwaltung wird gebeten, folgende Frage zu beantworten:

- Welche Gründe sieht die Verwaltung für die bis November 2023 aufgelaufenen Außenstände bei den unterschiedlichsten Gebühren, Steuern und Abgaben in Höhe von rund 49 Mio. Euro? (siehe Tabelle)
- Gibt es Erkenntnisse darüber, warum gerade bei den Kita- und OGS-Gebühren ein extremer Anstieg bei den Nichtzahlern zu verzeichnen ist?
- Mit welchen Verfahren werden die ausstehenden Beträge eingefordert?
- Bedient sich die Stadt aufgrund der gestiegenen Verfahren Inkassounternehmen?
- Welche Auswirkungen mit Blick auf säumige Zahler würden die im Rahmen der Haushaltsberatungen vom Kämmerer eingeforderten Gebührenerhöhungen bei den Kitas, der OGS und bei der Gewerbe- und Grundsteuer haben?

Begründung:

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2024/2025 hat Kämmerer Christoph Gerbersmann auf die Frage nach der Höhe der städtischen Außenstände den Fraktionen und Gruppen im Rat eine Tabelle vorgelegt, die insgesamt Außenstände in Höhe von 48,935 Mio. Euro im November 2023 ausweist. Neben hohen Außenständen bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer sind nach Meinung der SPD-Fraktion auch die Außenstände der Elternbeiträge im Bereich der Kita- und OGS-Gebühren auffällig. Sie belaufen sich (Kita 6,301 Mio. Euro, OGS 1,967 Mio. Euro) auf insgesamt 8,268 Mio. Euro. Gerade deshalb, weil die unteren Einkommen keine oder nur geringe Gebühren zu entrichten haben.

In einem Zeitungsartikel aus November 2023, der sich mit der Problematik der verschuldeten Bürgerinnen und Bürgern befasst, heißt es in einem Erklärungsversuch:



„Dieser Anstieg der Verbindlichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber der Stadt zeigt die sich verschärfende wirtschaftliche Lage der Menschen in dieser Stadt“, sieht Finanzdezernent Christoph Gerbersmann darin durchaus auch sozialpolitischen Sprengstoff.

Trotz aller Bemühungen scheint es der Verwaltung nicht zu gelingen, den über Jahre aufgelaufenen Schuldenberg einzutreiben. Im Gegensatz dazu steht folgende Aussage der Gemeindeprüfungsanstalt aus dem Jahr 2019: „Die Stadt Hagen erreicht im Bereich der Vollstreckung überdurchschnittliche Leistungswerte und verzeichnet nur geringe Rückstände.“

	Nov 23
Rettungsdienst Krankentransporte	540.961,01 €
Hilfeleistungen Feuerwehr	341.911,90 €
Abschleppmaßnahmen	56.610,41 €
Grundbesitz	3.075.880,44 €
Gewerbesteuer	26.789.960,41 €
Vergnügungssteuer	1.140.609,49 €
Hundesteuer	956.311,08 €
Bußgelder Straßenverkehr	3.366.282,45 €
Bußgelder Sonstiges	528.711,31 €
Erschließungsbeiträge	380.570,48 €
Kita-Beiträge	6.301.058,49 €
OGS-Beiträge	1.967.775,15 €
Vorschuss Kindesunterhalt	3.367.166,74 €
Vorschuss sonstiger Unterhalt	122.000,91 €
::	48.935.810,27 €

Claus Rudel



SPD-Ratsfraktion

G R E M I U M:	HFA
SITZUNG AM:	21. März 2024
T O P:	5.2.
D R U C K S - N R.:	0018/2024
BERATUNGSGEGENSTAND:	Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Maßnahmen 24_40.001 Erhöhung der Elternbeiträge OGS im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2024 **nicht** zu beschließen.

Begründung:

Die SPD-Ratsfraktion lehnt es ab, den städtischen Haushalt durch höhere Elternbeiträge zu stabilisieren. Das gilt neben den Kitagebühren auch für die OGS-Beiträge. Die vom Kämmerer eingeplante Preissteigerung der Elternbeiträge im Bereich des Offenen Ganztags soll in 2024 70 000 Euro und in den Folgejahren jeweils 170 000 Euro mehr in die Stadtkasse spülen.

Die SPD-Ratsfraktion lehnt es ab, Hagener Eltern neben den in den letzten Krisenjahren entstandenen Verteuerungen im gesamten Lebensbereich nochmals mit einem Aufschlag auf die OGS-Beiträge zu belasten.

Claus Rudel



SPD-Ratsfraktion

Die Fraktionen und Gruppe von
CDU, Bündnis 90 / Die Grünen & FDP

Ratsfraktionen & Gruppe . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Herrn Vorsitzenden

OB Erik O. Schulz

- im Hause

Änderungsantrag für die Sitzung des HFA am 21. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

gemäß § 16 Absatz 1 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des V. Nachtrages vom 15.12.2016 stellen wir für den Tagesordnungspunkt

TOP I.5.2. / 5.3. (Verabschiedung) Doppelhaushalt 2024/2025 (DS 0018/2024 & 0308/2023)

die nachfolgenden Anträge:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst in seiner Funktion als Bündelungsausschuss folgende Beschlüsse:

- 1. Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt das Haushaltssicherungskonzept (Anlage 3 von DS 0308/2024 „Übersicht der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2024 (HSK 2024) und der 1. Veränderungsliste des Doppelhaushalts 2024/2025“ (DS 0308/2024) mit Ausnahme folgender Maßnahmen:**
 - **24_20.002 Hebesatzanhebung Grundsteuer B**
 - **24_20.003 Hebesatzanhebung Gewerbesteuer**
 - **24_20.004 Änderung Vergnügungssteuersatzung**
 - **24_55.005 Dynamisierung der Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege**

2. Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung und Ergänzung die folgenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK).

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Startjahr der Maßnahme	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
24_20.002	Hebesatzanhebung Grundsteuer B von 750 auf 820 Prozentpunkte	2024	4.600.000	4.600.000	4.600.000	4.600.000	4.600.000
24_20.003	Hebesatzanhebung Gewerbesteuer entfällt	2024	0	0	0	0	0
24_RAT.001	Frontkamera: Erhöhung der Einnahmen bei der mobilen Verkehrsüberwachung	2024	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
24_RAT.002	Gewinnausschüttung Sparkasse: Erhöhung der Gewinnausschüttung der Sparkasse um weitere zwei Millionen Euro für die Stadt Hagen für die Jahre 2024/2025	2024	1.550.000	1.550.000	0	0	0
24_RAT.003	weitere Ausschüttung von Beteiligungen: Ausschüttung aus Jahresergebnis 2022/Gewinnrücklage WBH	2024	1.000.000	1.000.000	0	0	0
24_RAT.004	Erhöhung der Besteuerung von Glücksspielautomaten: Die Verwaltung erhöht die Besteuerung von Glückspielautomaten im Stadtgebiet.	2024	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000

- 3. Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt unter Berücksichtigung der o.g. Änderungen und Ergänzungen den Haushaltplanentwurf 2024/2025 sowie das wie oben geänderte Haushaltssicherungskonzept 2024/2025.**
- 4. Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen stimmt dem Haushalt 2024/2025 mit den oben genannten Änderungen zu und beauftragt die Verwaltung, die daraus resultierende Haushaltssatzung dem Rat am 11. April 2024 zur Beschlussfassung vorzulegen.**
- 5. Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen empfiehlt dem Rat auf Basis der dann vorliegenden Haushaltssatzung folgenden Beschluss zu fassen:**

Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltjahre 2024 und 2025 mit ihren Anlagen, sowie das Haushaltssicherungskonzept 2024/2025 unter Berücksichtigung der Veränderungen aus dann vorliegenden Veränderungsliste.

Begründung:

Der Rat der Stadt Hagen hat die Aufgabe, die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt nachhaltig zu sichern. Dies kann nur im Rahmen einer verantwortungsvollen und ausgewogenen Finanzwirtschaft gelingen. Der Haushaltsplan der Verwaltung trägt diesem Anspruch in weiten Teilen sehr gut Rechnung. Trotzdem erscheinen an verschiedenen Stellen nuancierte Korrekturen erforderlich. Diese haben die Fachauschüsse in den vergangenen Monaten aus ihrer Sicht vorgenommen. Die Veränderungsliste der Verwaltung referenziert diese Beschlüsse, so dass diese nicht noch einmal in Form von Sachanträgen erneut vorgetragen werden müssen. Die Antragsteller beziehen sich deshalb im Antrag explizit auf die 1. Veränderungsliste des Doppelhaushalts 2024/2025 aus DS 0308/2024.

Eine Politik, die in kurzer Zeit die langfristige Leistungsfähigkeit der Kommune verzehrt oder vernichtet, kann dem Anspruch nach einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft nicht genügen. Der von der SPD vorliegende Antrag zur Streichung aller Hebesatzanhebung bei gleichzeitiger Streichung von Einsparungen bei der Verwaltung und der Streichung der Anpassung der Kita-Gebühren sorgt für eine vollkommene Schieflage der städtischen Finanzen – und schiebt die Verantwortung dafür auf eine ferne Landesregierung. Das ist nicht nur unredlich, sondern entlastet die Steuer- und Beitragszahlerinnen und -zahler von heute nur vordergründig. Diese „Entlastung“ ist nämlich nur vorläufig, denn natürlich sind diese Defizite eines Tages mit Zins- und Zinseszinseffekt wieder von den künftigen Abgabenzählern zurückzuzahlen. Vereinfacht gesagt, zahlen die heutigen Kita-Kinder dann nachlaufend ihre Kita-Beitragsschulden selbst, wenn es der Stadt nicht einmal ermöglicht wird, die steigenden Kosten für diese Einrichtungen über eine maßvolle Grundsteuererhöhung auszugleichen. Das ist aus Sicht der Antragsteller mindestens aus Gründen der Generationengerechtigkeit vollkommen unfair.

Dazu kommen die mannigfaltigen Haushaltsrisiken, die der Kämmerer in seiner Haushaltsrede bereits thematisiert hat. Deutschland und die Welt befinden sich in einer wechselvollen Zeit, in der noch nicht erkennbar ist, welche Herausforderungen insgesamt zu bewältigen sind. In solch einer Zeit den Eindruck zu erwecken, ein Gemeinwesen ließe sich ohne eine entsprechende Lastenverteilung funktionsfähig erhalten, ist aus unserer Sicht im höchsten Maße verantwortungslos. Deshalb halten die Antragsteller die maßvolle Erhöhung der Grundsteuer – der einzige verlässlichen Einnahme einer Kommune – für richtig und zielführend. Diese Steuer trägt dazu bei, die mannigfaltigen Angebote der Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger Hagens weiter zu garantieren. Diese reichen von den örtlichen Straßen, über Schulen, Bibliotheken und Schwimmbädern bis hin zum Nahverkehr, der Feuerwehr und den Friedhöfen unserer Stadt. Eine Politik, die den Eindruck erweckt, dass sich diese Leistungen immer weiter ausweiten lassen, ohne dass dafür der entsprechende Preis zu zahlen ist, ist zwar gefälliger, nimmt aber in Kauf, dass dieses System eines Tages unter seiner eigenen Last zusammenbricht.

Mit der Bitte um Veranlassung und freundlichen Grüßen verbleiben

Jörg Klepper
CDU-Fraktionsvorsitzender

Jörg Fritzsche
Fraktionssprecher Bündnis 90/Die Grünen

Claus Thielmann
FDP-Gruppenvorsitzender



HAGEN AKTIV
Fraktion im Rat der Stadt Hagen, Rathausstraße 11, 58095 Hagen

Herrn Vorsitzenden
Oberbürgermeister Erik O. Schulz

- im Hause

Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Tel.: 0 23 31 / 207 – 55 28
Fax: 0 23 31 / 207 – 55 30
dr.josef.buecker@fraktion-hagen-aktiv.de

Hagen, 20.03.2024

Änderungsantrag für die Sitzung des HFA am 21. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

gemäß § 16 Absatz 1 der GeschO des Rates stellen wir für den Tagesordnungspunkt I.5.2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 0018/2024) den folgenden Antrag:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt in Abänderung des Haushaltssicherungskonzeptes die folgenden Maßnahmen:

Maßnahmen-Nr.	Ursprüngliche Bezeichnung	Abänderung
24_20.002	Hebesatzanhebung Grundsteuer B	Der Hebesatz verbleibt unverändert bei 750 Punkten
24_20.003	Hebesatzanhebung Gewerbesteuer	Der Hebesatz verbleibt unverändert bei 520 Punkten
24_55.005	Dynamisierung der Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege	Keine Dynamisierung dieser Elternbeiträge
24_55.003	Sachkosteneinsparung im Bereich Leistungen für junge Menschen/ Familien	Keine Sachkosteneinsparung in diesen Bereichen
24_55.004	Sachkosteneinsparung bei den Tageseinrichtungen	
24_56.003	Sachkosteneinsparung im Bereich Förderung von Kindern/ Jugendlichen mit Migrationshintergrund	

Begründung

Bei der bestehenden wirtschaftlichen Lage Hagens darf es keine weiteren Belastungen der hier lebenden und wirtschaftenden Menschen durch Steueranhebungen mehr geben. Die Belastungen durch die hohe Inflation der letzten Zeit, insbesondere durch die stark gestiegenen Preise für Energie und Güter des Grundbedarfs, sind für sich allein schon eine Bürde, die von vielen Menschen in Hagen nur schwer zu stemmen und für ansässige Betriebe nicht selten sogar fatal sind.

In diesem Sinne sind auch die jetzt schon sehr hohen Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege eine starke Belastung für junge Familien, so dass die beabsichtigte, dynamisierte Steigerung dieser Beiträge nicht vertretbar ist.

Ebenso halten wir die Sachkosteneinsparungen in den drei genannten Bereichen für nicht vertretbar, zumal sie vor allem junge Menschen bzw. Kinder betreffen.

Michael Gronwald
Fraktionsvorsitzender Hagen Aktiv


Dr. Josef Bücker
v. d. R. Fraktionsgeschäftsführer Hagen Aktiv

G R E M I U M:	HFA
SITZUNG AM:	21. März 2024
T O P:	5.2.
D R U C K S - N R.:	0018/2024
BERATUNGSGEGENSTAND:	Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss folgt entsprechend dem einstimmigen Beschluss des Schulausschusses und empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen folgenden Beschluss zu fassen:

Für die bauliche Ertüchtigung der Grundschule Friedrich-Harkort werden 4.250.000,00 € an Mitteln für die Jahre 2024/2025 im Haushaltsplan - nach Möglichkeit investiv – eingestellt.

Begründung:

Vor dem Beschluss des Schulausschusses hat bereits die Bezirksvertretung Haspe in einem Beschluss darum gebeten, für die bauliche Ertüchtigung der Grundschule Friedrich-Harkort 4.250.000,00 € an Mitteln für die Jahre 2024/2025 im Haushaltsplan durch Änderung der Prioritäten zu etatisieren. Da eine Priorisierung im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht der geeignete Weg ist, müssen die errechneten Sanierungskosten zunächst in den Doppelhaushalt eingestellt werden. Sollten die Baukapazitäten – wie von der Verwaltung vorgetragen – bereits mehr als ausgereizt sein, so kann der Schulausschuss im Rahmen einer späteren Prioritätensetzung eine Verschiebung von Projekten vornehmen.

Claus Rudel



SPD-Ratsfraktion



Herrn Oberbürgermeister

Erik O. Schulz

Im Hause

Hagen, 20. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktionen und Ratsgruppen Hagen Aktiv, Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI, Die Linke und Hagener Aktivisten Kreis (HAK) bitten Sie, folgenden Sachantrag gemäß § 16 (1, 2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt I.5.2. auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 21. März 2024, zu setzen:

Einrichtung von Hundewiesen

Beschlussvorschlag: Die im Doppelhaushalt 2024/2025 unter Punkt 1.13. Natur- und Landschaftspflege aufgeführte Position 5000813 (Hundewiesen) wird entgegen dem Beschluss des UKM vom 21. Februar 2024 umgesetzt.

Begründung: Zum Teil seit mehreren Jahren wird der in der Bevölkerung vorhandene Wunsch nach Hundewiesen in Bezirksvertretungen und Stadtverwaltungen bearbeitet und deren Realisierung vorbereitet. In der Vorlage 1111/2022 nennt die Verwaltung mehrere Gründe, die für eine solche Wiese sprechen: So könnten Hunde trotz des in Nordrhein-Westfalen herrschenden Leinenzwangs dort ihren natürlichen Bewegungsdrang ausleben, während zugleich die Sicherheit anderer Bürger gewährleistet sei.

Die Stadt Hagen liegt mit einer Hundesteuer von 180 Euro an der Spitze in ganz NRW. Den Antragstellern ist bewusst, dass aus der Zahlung von Hundesteuern juristisch keinerlei Ansprüche für die betroffenen Steuerzahler erwachsen. Es handelt sich vielmehr um eine Regulierungssteuer, deren Wirkung in dieser Hinsicht allerdings durchaus angezweifelt werden darf. Vor dem Hintergrund, dass es bislang im Stadtbereich lediglich eine Hundewiese (Haspe) gibt, erscheint die Maßnahme jedoch maßvoll, angemessen und vor dem Hintergrund einer Verteilungsgerechtigkeit auch in moralischer Hinsicht geboten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Josef Bücker

Hagen Aktiv

Frank Schmidt

BfHo/Die PARTEI

Ömer Oral

HAK

Elke Hentschel

Die Linke

G R E M I U M:	HFA
SITZUNG AM:	21. März 2024
T O P:	5.2.
D R U C K S - N R.:	0018/2024
BERATUNGSGEGENSTAND:	Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss folgt entsprechend dem einstimmigen Beschluss des Schulausschusses und empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen folgenden Beschluss zu fassen:

Für die bauliche Ertüchtigung der Grundschule Friedrich-Harkort werden 4.250.000,00 € an Mitteln für die Jahre 2024/2025 im Haushaltsplan - nach Möglichkeit investiv – eingestellt.

Begründung:

Vor dem Beschluss des Schulausschusses hat bereits die Bezirksvertretung Haspe in einem Beschluss darum gebeten, für die bauliche Ertüchtigung der Grundschule Friedrich-Harkort 4.250.000,00 € an Mitteln für die Jahre 2024/2025 im Haushaltsplan durch Änderung der Prioritäten zu etatisieren. Da eine Priorisierung im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht der geeignete Weg ist, müssen die errechneten Sanierungskosten zunächst in den Doppelhaushalt eingestellt werden. Sollten die Baukapazitäten – wie von der Verwaltung vorgetragen – bereits mehr als ausgereizt sein, so kann der Schulausschuss im Rahmen einer späteren Prioritätensetzung eine Verschiebung von Projekten vornehmen.

Claus Rudel



SPD-Ratsfraktion